

Stand: 26.06.2026 12:59:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/3362

"Mit einem "humanitären Masterplan" für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik in Bayern sorgen."

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/3362 vom 14.10.2014
2. Beschluss des Plenums 17/3486 vom 15.10.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 26 vom 15.10.2014



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Doris Raucher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Isabell Zacharias** und **Fraktion (SPD)**

Mit einem „humanitären Masterplan“ für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik in Bayern sorgen.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt alle Anstrengungen der Bezirke und Kommunen, die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylbewerbern menschenwürdig zu gestalten und zu organisieren. Der Landtag bedankt sich bei den Wohlfahrtsverbänden und Hilfsorganisationen und allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern für ihr beeindruckendes Engagement, ohne das die Lage noch dramatischer wäre.
2. Weil der Flüchtlingsstrom allen Prognosen zufolge weiter zunehmen und die Lage vor Ort weiter verschärfen wird, erst recht wenn es zu einem Wintereinbruch kommt, soll die Unterbringung der Flüchtlinge und ihre Versorgung zur Chefsache gemacht und die Stelle eines/einer Sonderbeauftragten beim Ministerpräsidenten eingerichtet werden. Dort wird ein „humanitärer Masterplan“ erarbeitet und bis zum 3. November 2014 dem Landtag vorgelegt. Außerdem wird ein bedarfsgerecht ausgestatteter bayerischer Sonderfonds zur unbürokratischen und schnellen Krisenbewältigung vorgehalten.
3. Der Landtag begrüßt die Einrichtung eines Krisenstabs. Die Staatsregierung stellt sicher, dass dem neu eingerichteten Krisenstab Vertreter aller bayerischen Regierungsbezirke sowie der Städte mit Zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen und die Vertreter und Vertreterinnen der Wohlfahrtsverbände- und Hilfsorganisationen angehören. Der Krisenstab soll mindestens wöchentlich zusammenkommen.
4. Dem Landtag wird unverzüglich eine aktuelle Bestandsaufnahme (Oktober 2014) der Lage von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Bayern vorgelegt. Hierbei soll im Detail aufgeschlüsselt werden, wo genau welche Platzkapazitäten zur Verfügung

stehen und wie die reale Belegungssituation pro Standort aussieht; aufgeschlüsselt nach Erstaufnahmeeinrichtungen, Gemeinschaftsunterkünften, dezentralen und privaten Unterkünften. Die Bestandsaufnahme wird wöchentlich aktualisiert und dem Landtag zur Verfügung gestellt.

5. Die Staatsregierung stellt sicher, dass die angekündigten Erstaufnahmeeinrichtungen nicht nur unverzüglich verwirklicht werden, sondern auch dem aktuellen Bedarf angepasst werden. Der Landtag ist regelmäßig über den Realisierungsfortschritt der jeweiligen Standorte in Kenntnis zu setzen. Ebenso werden die Gemeinschaftsunterkünfte sofort ausgebaut und dem tatsächlichen Bedarf laufend angepasst.
6. Die Asylsozialberatung wird sowohl in Erstaufnahmeeinrichtungen als auch in Gemeinschaftsunterkünften und bei der dezentralen Unterbringung auf einen Schlüssel von 1:100 verbessert.
7. Zur Organisation der Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in den Kommunen werden die Personalkapazitäten deutlich erhöht. Geeignete staatliche Mitarbeiter werden eingesetzt. Außerdem werden sofort staatliche Gebäude und Liegenschaften für die Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt.
8. Bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen wird eine bayernweite Verteilung sofort sichergestellt.
9. Die Staatsregierung initiiert eine öffentliche Aufklärungs- und Unterstützungskampagne um die notwendige Akzeptanz für eine humanitäre Flüchtlingspolitik und eine „Willkommenskultur“ in Bayern zu schaffen.
10. Die Staatsregierung setzt sich auf Bundes- und Europaebene für einen sofortigen Kurswechsel in der Europäischen Flüchtlingspolitik ein, die eine menschenwürdige Behandlung und faire Verteilung der Flüchtlinge und Asylbewerber in Europa vorsieht.

Begründung:

Die Situation der Flüchtlinge in Bayern ist menschenunwürdig. Die Erstaufnahme-Einrichtungen sind völlig überlastet, die Betreuung der Asylsuchenden unzureichend. Die Städte sind gezwungen, in eigener Regie Notlösungen für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern zu finden. U.E. haben die jah-

relangen Versäumnisse der Staatsregierung und ihre „Abschottungspolitik“ jetzt bittere Konsequenzen. Die bisherige Politik der zuständigen Staatsregierung muss als gescheitert betrachtet werden. Weder der medienwirksam angekündigte sog. Asylgipfel vom 16. September 2014 hat spürbare Verbesserungen gebracht noch gibt es einen konkreten Plan der Staatsregierung, über die Betreuung und Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Die Staatsregierung hat in Sachen Flüchtlingspolitik keinerlei Plan. Sie lässt die Kommunen im Stich. Diese müssen das Problem selbst in die Hand nehmen. Diese Lage kann nicht länger hingenommen werden, sie ist des Freistaats Bayerns unwürdig. Die Staatsregierung muss endlich nicht nur ihrer gesetzlichen Verpflichtung, sondern auch den Verfassungsgrundsätzen, vor allem der Unantastbarkeit der Menschenwürde, gerecht werden.

Nachdem die Notwendigkeit weiterer Erstaufnahmeeinrichtung jahrelang von der Bayerischen Staatsregierung geleugnet wurde, verzögert sich offenbar der Ausbau erneut. Die Fertigstellung weiterer Erstaufnahmeeinrichtungen in fünf Regierungsbezirken, für 2014/2015 angekündigt, ist nicht absehbar. Im Übrigen genügen die angekündigten zusätzlichen Plätze nicht, um die akuten und massiven Probleme bei der Flüchtlingsunterbringung zu beseitigen. Die Kapazitäts- und Belastungsgrenzen der Bestandseinrichtungen sind weit überschritten. Die Situation droht vielerorts zu eskalieren, zumal der Winter vor der Tür steht. Kurzfristige Behelfslösungen, von Tag zu Tag und von Wochenende zu Wochenende, sind weder menschenwürdig noch zielführend. Der zuständige Freistaat Bayern steht in der Pflicht, endlich alles zu tun, die Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber nach den Grundsätzen der Humanität zu versorgen und die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die Helferinnen und Helfer vor Ort zu unterstützen und zu entlasten.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Isabell Zacharias** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/3362

Mit einem „humanitären Masterplan“ für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik in Bayern sorgen.

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Christine Kamm

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Michael Hofmann

Abg. Martin Neumeyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Ministerpräsident Horst Seehofer

Abg. Margarete Bause

Abg. Klaus Steiner

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Thomas Kreuzer

Präsidentin Barbara Stamm

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Wir fahren nun mit der Beratung des Tagesordnungspunktes 9 fort. Ich rufe auf die Dringlichkeitsanträge unter Punkt 2, die gemeinsam beraten werden.

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Probleme bei der Erstaufnahme sofort lösen - Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen (Drs. 17/3356)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)

Mit einem "humanitären Masterplan" für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik in Bayern sorgen. (Drs. 17/3362)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Ein schlüssiges Gesamtkonzept in der bayerischen Asylpolitik voranbringen: Ein Bett für jeden Asylbewerber - Fluchtursachen angehen! (Drs. 17/3389)

Bevor ich die gemeinsame Aussprache mit dem Redebeitrag der Kollegin Kamm eröffne, gebe ich noch bekannt, dass die SPD in ihrem Antrag auf Drucksache 17/3362 zwei kleine Textänderungen vorgenommen hat.

Unter Punkt 2 dieses Antrages soll Satz 1 folgendermaßen heißen:

Weil die Flüchtlingsbewegungen ... verschärfen werden,

und Punkt 8 soll folgenden Wortlaut erhalten:

Bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen wird eine bayernweite Verteilung und Betreuung sofort sichergestellt.

Der Antrag wird später mit diesen beiden Ergänzungen bzw. Änderungen zur Abstimmung gestellt werden.

Nun hat die Kollegin Kamm das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben eine Situation, die wir so schnell wie möglich beendet wissen wollen. Es ist eine Situation, bei der in Bayerns Asylpolitik Chaos herrscht, wo Flüchtlinge im Freien nächtigen, in Zelten, in irgendwelchen Außenlagern und wo Bezirksregierungen nicht mehr wissen, wo welche und wie viele Asylsuchende untergebracht sind. Wir haben eine Situation, in der Schutzsuchende ohne medizinische Erstuntersuchung in irgendwelche Schlafsäle mit Massenbetten verlegt werden und so nicht vor Ansteckungen geschützt werden können. Die Erstbefragung der Flüchtlinge, die eigentlich in der Erstaufnahme erfolgen soll, erfolgt oft erst nach Wochen oder Monaten, und die Flüchtlinge werden dann von den sogenannten Dependancen wieder zur Erstaufnahmeeinrichtung gefahren. Wir erleben Chaos und unwürdige Zustände in Bayern. Wir wollen diese so schnell wie möglich beendet wissen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dieser Zielsetzung dient unser Antrag. Unser Antrag auf Drucksache 17/3356 wäre so nicht nötig gewesen, wenn die von den Oppositionsfraktionen bereits früher gestellten Anträge berücksichtigt und ernst genommen worden wären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber nicht nur die Warnungen der Oppositionsfraktionen hätten ernst genommen werden müssen, sondern auch die Warnungen der Ehrenamtlichen, der Flüchtlingsinitiativen, der Wohlfahrtsverbände und der Kommunen. Gerade die Kommunen wissen sehr gut, was los ist. Sie sagen: So geht es nicht weiter. Es herrscht Chaos. Die Kommunen springen oft ein, sie managen, sie organisieren Hilfeleistungen und versuchen das Notwendigste, weil die Bezirksregierungen dazu nicht in der Lage sind.

Unser Dringlichkeitsantrag zielt in erster Linie darauf ab, die Bezirksregierungen wieder in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben sachgerecht zu erledigen. Sie müssen mehr Personal bekommen, und vielleicht muss auch Personal aus anderen Dienststellen sehr kurzfristig und schnell abgerufen werden.

Wir kritisieren, dass der Asylgipfel vom 9. September überhaupt nichts gebracht hat. Der Gipfel ging vorüber, ohne dass wesentliche Schritte gemacht wurden, um die anstehenden Aufgaben sachgerecht zu erfüllen. Das gibt zu denken. Insofern befürchten wir, dass weitere Katastrophenstäbe oder Krisenmodi nicht weiterhelfen. Vielmehr muss ein Umdenken bei den Rahmenbedingungen erfolgen. Die Rahmenbedingungen für unsere Asylpolitik müssen von bürokratischen Hemmnissen sowie engstirnigen Vorstellungen und Vorschriften vor allen Dingen vonseiten des Innenministeriums entlastet werden, bei denen die Flüchtlinge gezwungen werden, sehr lange in Gemeinschaftsunterkünften zu leben. Nicht zuletzt deshalb entsteht in den Erstaufnahmeeinrichtungen die Überfüllung, weil die Flüchtlinge nicht zeitnah weiterverlegt werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir wollen ein Ende des Jonglierens mit veralteten und menschenverachtenden Instrumenten in der Flüchtlingspolitik. Wir fordern eine Entbürokratisierung unsinniger Regelungen, und wir wollen, dass die Notunterbringung in Zelten bzw. im Freien insbesondere im Winter in unzumutbaren Unterkünften vermieden wird. Es ist höchste Eisenbahn, hier sachgerecht zu handeln.

Wir wollen auch eine Dezentralisierung des Erstaufnahmeverfahrens. So wie es jetzt gehandhabt wird, funktioniert es keine Stunde länger. 4.000 Menschen in einer Erstaufnahmeeinrichtung sind zu viele. Das funktioniert nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen, dass auch die Ankündigung vom Asylgipfel umgesetzt wird, nämlich dass ein Betreuungsverhältnis von 1 : 100 bei der Asylsozialarbeit geschaffen wird. Wir fordern, dass diese Stellen bei der Erstaufnahme zu 100 % von der Regierung übernommen werden. Es ist gut, wenn die Wohlfahrtsverbände bei der weiteren Betreuung der Flüchtlinge einspringen, aber ich denke, bei der Erstaufnahme sollte der Staat seine Aufgaben erledigen. Wir wollen, dass er diese sehr schnell erledigt.

Woran es in den letzten Wochen sehr gekrankt hat, ist die umfassende Information der Kommunen, in denen Erstaufnahmeeinrichtungen vorhanden oder geplant sind. Es muss wesentlich mehr passieren, und es muss eine sachgerechte Information geben. Eine Kommunikation auf Augenhöhe statt eines Krisengipfels wäre hilfreicher und sinnvoll.

Es gibt an allen Ecken und Enden Menschen, die helfen wollen. Wir sollten sie einbinden und sollten sie nicht durch irgendwelche Sicherheitswachen daran hindern. Es war ein Beispiel in der "Süddeutschen Zeitung", wonach jemand Decken an diejenigen verteilen wollte, die keine bekommen hatten. Die Sicherheitswache hatte nichts Besseres zu tun, als die Polizei zu holen. Das spricht geradezu Bände. Wir brauchen eine Einbindung der Ehrenamtlichen, die helfen wollen; denn es gibt in Bayern viele Menschen, die helfen wollen und die nicht wollen, dass es so weitergeht, wie es derzeit getrieben wird. In diesem Sinn wünschen wir uns die Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke. Ich bitte jetzt den Kollegen Pfaffmann ans Rednerpult.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wäre besser, wir müssten über dieses Thema in diesem Hause nicht diskutieren. Das will ich vielleicht einmal an den Anfang stellen. Es wäre besser, wenn alles in Ordnung wäre. Es ist traurig, dass die Lage der Flüchtlinge in Bayern in diesem Hause eine Rolle spielen muss. Das sage ich zu Beginn meiner Rede.

(Beifall bei der SPD)

Ich will noch einen Punkt am Anfang aufgreifen: Die Staatsregierung in Bayern für die Flüchtlingsbewegung, für Kriege und für die Katastrophen in der ganzen Welt verantwortlich zu machen, ginge mir auch zu weit. Ich will aber betonen: Für die Folge, dass Leute auf der Straße schlafen müssen, für die Folge, dass katastrophale Zustände herrschen und dass wir keinen Überblick mehr über die Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen haben, für die Folge, dass die gesundheitliche Versorgung schlecht ist, für die Folge, dass Kinder nicht ausreichend betreut werden, sind ganz allein Sie verantwortlich und sonst niemand.

(Beifall bei der SPD)

Ohne die Wohlfahrtsverbände und die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer wäre die Lage noch viel dramatischer. Sie, lieber Herr Ministerpräsident, haben damit, dass es vielleicht noch einigermaßen geht, gar nichts zu tun. Sie stehen vor dem Scherbenhaufen Ihrer bewusst gewollten Flüchtlingspolitik der letzten Jahre.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Was haben wir und was sehen wir? – Wir sehen eine entmachtete Ministerin, die offensichtlich völlig unfähig ist, das Problem der Flüchtlingsbewegung in München und in anderen Städten zu lösen. Warum denn sonst, lieber Herr Ministerpräsident, hätten Sie sie entmachtet und ihr einen Aufpasser an die Seite gestellt?

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen kein Konzept und keinen Plan, wie mit den steigenden Flüchtlingszahlen und der Zuwanderung umgegangen werden soll. Wir sehen die Berichterstattung in der Presse, die von chaotischen Zuständen spricht. Wir hören die Äußerungen der Spitzenverbände, zum Beispiel des BRK. Sie sprechen von einer humanitären Katastrophe. Wir lesen davon, dass wir einen Ministerpräsidenten haben, der angesichts der Lage nichts tut. Wir hören in diesem Parlament, dass der gleiche Ministerpräsident

auf andere Länder mit den Fingern zeigt, während er im eigenen Land völlig versagt hat.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Seehofer, Sie haben das Recht, andere Länder in ihrer Flüchtlingspolitik zu kritisieren – so geschehen mit Italien –, komplett verloren. Ich gebe Ihnen den guten Rat: Lösen Sie ihre eigenen Probleme, bevor Sie auf andere schauen.

(Beifall bei der SPD)

Das Erste, was Menschen in Not, die zu uns kommen und Hilfe erhoffen, von Bayern sehen, ist möglicherweise eine Isomatte auf der Straße, und das im Vorzeigeland Bayern. Wir hören in diesem Plenum immer wieder, wie super, super, super wir doch sind. Wir hören immer wieder, wie toll wir doch sind, und das erste, was Menschen in Not von Bayern sehen, ist eine Isomatte auf der Straße, auf der sie dann übernachten müssen, und zwar ohne Betreuung und möglicherweise ohne Hilfe. Ist das das Beispiel in der Welt, das wir abliefern wollen? - Herr Seehofer, Sie sollten etwas demüti-ger werden, wenn es darum geht, die Vorbildfunktion Bayerns zu postulieren, und sich an Ihre Flüchtlingspolitik erinnern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Diese ach so christliche Partei nimmt seit Jahren – entgegen den Warnungen aller; nicht nur der politischen Parteien in Kauf, dass diese Lage so eingetreten ist. Sie haben das in Kauf genommen; anders kann man das nicht werten. Ich gebe Ihnen einen guten Rat – ich weiß nicht, ob Sie ihn annehmen wollen –: Gehen Sie in sich! Ein Zeichen von Größe wäre es, wenn Sie sich bei den Menschen, die auf der Straße schlafen müssen, entschuldigen würden. Sie sind verantwortlich dafür, dass sie auf der Straße schlafen müssen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Keiner traut Ihnen mehr zu, dass Sie dieses Problem in Bayern lösen. Wie anders ist es zu interpretieren, dass der Oberbürgermeister von München die Sache selbst in die Hand genommen hat? Die Kommunen nehmen Ihnen das Heft des Handelns aus der Hand, weil Sie nicht in der Lage sind, dieses politisch wichtige Problem dieses Jahrzehnts zu lösen.

Was wirklich dramatisch und was wirklich ärgerlich ist, und was Sie sich wirklich durch den Kopf gehen lassen sollten, ist, dass man nachweisen kann, dass Sie daran selbst schuld sind. Es ist schon angesprochen worden: Wie viele Anträge haben wir gestellt! Jedes Jahr - 2009, 2010, 2011, 2012, 2013 und 2014 – haben wir mehrere Anträge gestellt, die alle das gleiche Ziel hatten, nämlich die Erweiterung der Erstaufnahmeeinrichtungen, die Erweiterung der Gemeinschaftsunterkünfte, die Verbesserung der Betreuungssituation und die Verbesserung der Situation der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Jedes Jahr hat die Statistik parallel dazu ergeben, dass die Flüchtlingsquote steigt und steigt und steigt. Bei jeder Begründung dieser Anträge haben Sie erklärt, es gebe keine Veranlassung für eine Erweiterung der Betreuungsplätze. Das muss man Ihnen vorwerfen. Für diese gescheiterte Politik der letzten Jahre tragen Sie Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Wer erinnert sich nicht an das eiskalte Zitat Ihrer Ministerin, Herr Ministerpräsident, an das eiskalte Haderthauer-Zitat: Wem es hier nicht passt, der kann ja gehen. So viel Zynismus bei der derzeitigen Lage ist unerträglich, und auch das müssen Sie sich anhören. Ich darf Ihnen vielleicht noch in Erinnerung rufen, dass über Jahre ihr erklärtes Politikziel war: Abschreckung, Abschottung und Rückführung. Das Wort Hilfe ist nicht vorgekommen. Ich sage es ganz pointiert: Das Ziel war nicht Hilfe, sondern das Ziel Ihrer Flüchtlingspolitik war aus wahltaktischen Gründen das Bedienen populistischer Tendenzen in dieser Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist die Wahrheit. Sie sind jetzt in die Falle Ihrer eigenen Politik getappt. Es rächt sich.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das sagt noch nicht einmal Ihr eigener Oberbürgermeister!)

– Aber ich sage das.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

- Auf solche hilflosen Zwischenrufe bei einem solch wichtigen Thema kann dieses Haus gerne verzichten.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Oh!)

Ich frage mich – wenn Sie mir das zum Schluss noch gestatten –, wie es weitergehen soll. Ich sehe hektische Aktivitäten von Wochenende zu Wochenende, ich sehe hektische Aktionen von Tag zu Tag, ich sehe Versprechungen, die großartig in der Presse verkündet werden; man braucht das nur nachzulesen.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen W. Heike (CSU))

Jeden Tag werden 1.000 neue zusätzliche Plätze durch den Blätterwald getrieben – aber kein einziger ist bisher zusätzlich belegt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Bei einer solchen Öffentlichkeitsarbeit, wenn das so weitergeht, werden bei uns auch in Zukunft Flüchtlinge und Hilfesuchende auf der Isomatte schlafen. - Ich frage mich: Was ist das für eine Sozialpolitik in diesem Land? Ich finde, dass dieses wunderschöne Land eine bessere Sozialpolitik verdient hat,

(Jürgen W. Heike (CSU): Aber nicht Ihre!)

nämlich eine Politik, die von dem Grundsatz des Willkommens geleitet wird und nicht von dem des Abschreckens, eine Politik, die Menschen hilft, die sie unterstützt, wenn

sie aus Kriegsgebieten wie Syrien uns kommen. Wir wollen doch eine humane Gesellschaft sein! Ich erinnere mich gut an die Debatten der letzten Jahre im Sozialausschuss: Jedes Mal wurde argumentiert: Das braucht es nicht, das wollen wir nicht, warten wir ab. - Ich kann Ihnen das alles vorlesen.

Genau mit dieser Politik, lieber Herr Ministerpräsident, haben Sie Bayern direkt in diese humanitäre Katastrophe hineingeführt, so nicht anders war das.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Wahrheit; das muss einmal gesagt werden.

Nichtsdestotrotz bieten wir selbstverständlich unsere politische Unterstützung zur Verbesserung der Lage an. Dann müssen Sie nur bereit sein, mit uns zusammenzuarbeiten. Dann müssen Sie die alten Anträge, die Sie alle abgelehnt haben, aus der Schublade ziehen und lesen, was darin steht: mehr Erstaufnahmeplätze, mehr Betreuung. Wenn Sie das realisieren, dann wird, so glaube ich, alles besser. Dafür wünsche ich Ihnen, lieber Herr Staatsminister – Sie sind ja jetzt der Aufpasser bzw. der Krisenmanager oder wie immer man das nennen will –, viel Glück.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. - Bevor ich nun die Kollegin Schmidt ans Rednerpult bitte, gebe ich bekannt, dass für den laufenden Tagesordnungspunkt sowohl die SPD als auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als auch die FREIEN WÄHLER namentliche Abstimmung beantragt haben.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten viele Gipfel, wir hatten Runde Tische, wir hatten alles schon – aber getan hat sich nichts. Frau Ministerin, ich habe hier vor vier Wochen gesagt: Ich glaube Ihnen, dass Sie jetzt eine schnelle Lösung herbeiführen wollen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das hat sie schon vor einem Jahr gesagt!)

Das ist jetzt über vier Wochen her. Ich habe Ihnen geglaubt, dass Sie die Schließungen der Erstaufnahmestellen, die unter der Kollegin Haderthauer vorgenommen wurden, rückgängig machen wollen. Es ist jedoch nichts passiert.

Ich bin seit einem Jahr hier, aber getan hat sich in der Zeit nichts. Ich möchte Ihnen daher ein paar Synonyme mit auf den Weg geben, die Sie verwenden können, wenn die nächsten Gipfel kommen - für "Gipfel" können Sie zum Beispiel "Taskforce" sagen -, damit Sie jetzt schon die Begriffe für die nächsten vier Wochen haben, in denen wieder nichts passiert, in denen wieder nur gequatscht und nichts getan wird. Sie haben zum Beispiel die Möglichkeit, eine "Arbeitsgruppe", eine "Spezialeinheit" oder eine "Sondergruppe Leitlinien" einzurichten oder "Handlungsumfeldempfehlungen" zu geben. Wie gesagt: Ich gebe Ihnen jetzt schon alle Begriffe an die Hand.

Wenn aber doch alles besprochen worden ist, müsste man einfach einmal das Arbeiten anfangen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die regieren doch nicht! Die tun nur so!)

Ich erinnere mich an den Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung, den wir geschaffen haben, auf den ich auch sehr stolz bin, und an die Darstellungen der Kolleginnen und Kollegen, die ich gelesen habe: Ihre Eltern waren vertrieben, und die Eltern kommen von dort her oder die Familie von woanders her. Ich sage Ihnen eines: Ihre Eltern wären abgehauen, wenn die nach dem Krieg hier hergekommen wären und hätten 14 Tage auf einer Pritsche im Bierzelt schlafen müssen!

(Zurufe von der CSU – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es gab Dächer über dem Kopf, und da war dieses Land kaputt, und da gehören unsere Eltern und Großeltern genauso dazu.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin – Zuruf von der CSU: Das ist ungehörig!)

– Das ist nicht ungehörig.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Zur Verdeutlichung: "Pritschen" ist ein fränkischer Begriff und bei uns durchaus geläufig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Zurufe von der CSU)

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Entschuldigen Sie, ich sage es auf Hochdeutsch: "auf Feldbetten". Ist das in Ordnung?

(Zurufe von der CSU)

Darf ich bitte weiterreden?

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Sie haben das Wort.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Sie haben die "Pritsche" genehmigt? – Danke.

Ich möchte Ihnen eines mitgeben: Das war damals nach dem Krieg, und sicher war das etwas anderes. Aber wir haben jetzt keinen Krieg. Ich höre seit Jahren immer, wie schön es ist, in Bayern zu leben - -

(Zurufe von der CSU)

– Ich habe Zeit.

(Thomas Kreuzer (CSU): So viel haben Sie nicht!)

Ich hätte gerne so viele Regungen von Ihnen in Sachen Asylpolitik erlebt. Da ist nämlich nichts gekommen.

(Zurufe von der CSU)

Ich habe mir nämlich, worauf der Kollege gerade hingewiesen hat, die Anträge der SPD und der GRÜNEN - -

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Entschuldigen Sie, ich kann auch lauter, ich habe ein Mikrofon. Da kann ich gerne mithalten.

(Zurufe von der CSU)

- Dann warte ich, bis der Herr fertig ist.

(Zuruf von der CSU: Das ist nicht erforderlich!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Das schlage ich dann auf ihre Zeit drauf; denn man versteht ja sonst das Wort von Frau Schmidt nicht mehr.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das ist gegen die Geschäftsordnung!)

- Dann müssen Sie Ihre Fraktion dazu bewegen, dass nicht dauernd alle reinplärren, damit man auch etwas versteht; denn auch die Rednerin das Recht, hier vorne so zu reden, dass alle es verstehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Danke schön. – Ich höre seit Jahren, dass wir das beste, das modernste und das fortschrittlichste Land seien. Gehen wir das doch einmal im Einzelnen durch. Ich bin jetzt erst ein Jahr hier, aber ich kann meinen Kollegen, die vor mir da waren, nicht vorwerfen, dass es hier so etwas wie Sozialtümelei gäbe. Diese Kollegen haben sich jedoch schon 2009 und 2010 Gedanken darüber gemacht, was passiert, wenn man die Erstaufnahmestellen schließt, wenn die Spitzen weg sind. Es gab in den Jahren 2010 bis 2014 insgesamt 12 Anträge für ein Programm, das für den Fall aufgesetzt werden sollte, dass es mehr Flüchtlinge und größere Krisen auf der Welt geben würde. Sie haben diese Anträge einheitlich abgelehnt. Ich habe nirgendwo etwas von Ihnen zu diesem Thema gefunden.

Jetzt hat die Frau Ministerin den Auftrag, sich darum zu kümmern, und Sie boykottieren wiederum entsprechende Anträge, auch wenn sie aus dem Sozialausschuss kommen. Ich habe von Ihnen noch keine Anträge gesehen. Deshalb werden wir Ihnen die Anträge der GRÜNEN, der SPD und natürlich unseren Antrag empfehlen, damit sich endlich etwas tut. Wir brauchen jetzt sofort Hilfe.

Herr Ministerpräsident Seehofer, ich kam heute in der Früh vorbei, als Sie gerade Ihr Interview gegeben haben. Es reicht doch nicht, wenn man immer bloß redet! Da, wo ich herkomme, geht man zum Holzhacken, wenn man es warm haben will. Ich bitte sehr darum, dass irgendjemand nach irgendeiner Besprechung einmal die Ärmel hochkrepelt und irgendetwas anfängt.

In den letzten 14 Tagen wurden 300 Menschen in Zelten untergebracht. Wir sitzen hier in einem schönen warmen Raum. Vielleicht sollten wir den nächsten Krisengipfel einmal draußen abhalten, vielleicht würde es dann schneller gehen. Oder vielleicht sollten wir ihn in einer Erstaufnahmeeinrichtung abhalten, wo es dann vielleicht kalt und windig wäre. Wenn wir so untergebracht wären, würden wir vielleicht endlich etwas anfassen, und es würde möglicherweise schneller gehen.

Es gibt da eine wunderschöne Internetseite von einer Kollegin, die ich jetzt nicht zitieren will, weil sie heute nicht da ist; sie ist Kollegin von mir aus dem Sozialausschuss und Mitglied der CSU. Dabei muss es sich wohl um einen Textbaustein handeln. Bitte schauen Sie einmal alle auf Ihre Homepage, Sie haben das fast ähnlich: "Sozialpolitik zielt traditionell auf den Schutz vor Armut, Hilfe in Notlagen und die Prävention vor sozialem Abstieg." Das liegt mir am Herzen. So ähnlich oder ein bisschen anders haben Sie das alle auf Ihrer Homepage. Ich bitte Sie: Halten Sie sich daran. Setzen Sie die Prävention um, helfen Sie, die Maßnahmen pragmatisch schnell umzusetzen, oder löschen Sie das alle aus Ihrer Homepage; denn es stimmt schlichtweg nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben alle Anträge abgelehnt. Die Mitarbeiter der Sozialverbände, auch der Regierungen, der Ärzteteams arbeiten auf Hochtouren. Sie arbeiten Tag und Nacht. Ich habe das in Erlangen gesehen. Da kommen junge Leute zum Arbeiter-Samariter-Bund, und wir Politiker laufen betroffen vorbei und sagen, wir werden etwas ändern. Vier, fünf Wochen, ein halbes Jahr - es hat sich nichts geändert.

Sie haben von einem Notfallplan für den Winter gesprochen. Letztes Jahr um die Zeit hat es schon Schnee gegeben. Ich weiß nicht, wann Sie den Winter heuer eingeplant haben, ob der in diesem Haus geplant wird. Vielleicht würden Sie einem Antrag zustimmen, den Winter für den nächsten Juli zu planen. Das wäre vielleicht ein Antrag, der durchgehen würde. Ich hoffe darauf.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

- Ich habe noch Zeit. Seien Sie einfach tapfer.

Die Staatsregierung ist Antworten schuldig geblieben. Holen Sie sich bitte die richtigen Leute mit zu den Besprechungen, die das umsetzen müssen.

Meine Damen und Herren, wir fordern, unverzüglich ausreichende Kapazitäten zu schaffen. Ich habe Ihnen alle die Anträge zum Thema Asyl und Erstaufnahme mitgebracht. Wenn Sie möchten, schreiben Sie das einfach ab. Sie können es sich leicht machen: Stimmen Sie heute einfach zu.

Wir haben das Potenzial. Wir haben in diesem Land schon mehr geschafft. Ich bitte Sie: Wir haben eine ganz andere Flüchtlingsspitze hinter uns, die dieses Land auch bewältigt hat. Das waren auch keine anderen Menschen als Sie.

Christlich ist es nicht, und sozial ist es auch nicht. Der Union muss ich sagen: Ich bitte Sie, dass Sie darauf hinwirken, dass die Mitarbeiter in der BAMF aufgestockt werden. Bitte helfen Sie den Leuten. Sie haben das im Regierungsvertrag mit unterschrieben. Aber es müsste schnell sein. Vielleicht sind meine und Ihre Vorstellungen von Schnelligkeit anders. Ich wette, wenn ich einige von Ihnen fragen würde, wie viele Menschen

wir da haben, die schon in Ausweichquartieren sind, und wie sie verfolgt werden, könnten Sie teilweise nicht einmal darauf antworten. Mir tut es leid für Sie, dass Sie nicht einen Schritt weitergehen können. Unsere Anträge können Sie haben, sicher auch die Anträge der Kollegen.

Bitte machen Sie mit; denn reine Interviews mit Betroffenen bringen uns alle nicht weiter. Es wäre jetzt Zeit zum Arbeiten, auch zum Zustimmung. Was Herr Söder gesagt hat – jetzt ist er leider nicht da -, diese Gelder freizustellen, wäre eine große Möglichkeit. Wir benötigen aber auch Mitarbeiter. Hier hinten sitzen einige, die haben sogar aus Versehen genickt. Die wissen ganz genau, um was es geht.

Herr Huber, ich hoffe, Sie passen weiter auf. Aber aufpassen alleine nützt nichts. Ab und zu braucht es "Bätscherl".

Das ist auch kein unanständiges Wort, das ist ein fränkisches Wort. Ich bitte Sie: Kümern Sie sich darum.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin Schmidt, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Hofmann.

Michael Hofmann (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Frau Kollegin Schmidt, ich habe Sie vorhin so verstanden und möchte Ihnen die Gelegenheit geben, den Eindruck möglicherweise zu korrigieren. Es ging nicht um den fränkischen Ausdruck "Britschn"; den kennen wir miteinander schon, sowohl in der einen als auch in der anderen Richtung.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Na, das kenne ich nicht. Da kenne ich niemand.

Michael Hofmann (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Dann ist es gut, dann sind Sie gut erzogen.

Sie haben vorhin gesagt wörtlich oder sinngemäß: Wenn die Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg das erlebt hätten, was die Asylbewerber bei uns heute erleben, dann wären Sie nicht hiergeblieben, dann wären sie weitergezogen. Ich glaube, dass es absolut unzulässig ist, die beiden Situationen auch nur annähernd miteinander zu vergleichen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Der Vergleich bringt uns im Übrigen bei der Lösung der Probleme von heute kein Stück weiter.

Wenn Sie wissen, wie damals die Flüchtlinge gelebt haben, wenn Sie wissen, wie sie sich ihr Essen auf dem Acker verdient haben und so weiter und so fort, wenn Sie das alles wissen, kann ich nicht ernsthaft glauben, dass Sie den Vergleich aufrechterhalten wollen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Wenn Sie ein Problem damit haben, kann ich das verstehen. Das muss ich einstecken.

Sie müssten auf die Anträge schauen. Wir wären auch für Arbeitsgenehmigungen. Das wäre kein Problem. Ich weiß, dass Kriege Not auslösen. Ich entschuldige mich gerne bei meiner Oma dafür. Wenn sie es verletzt, tut es mir leid. Man muss aber sagen dürfen, dass es ähnliche Zustände sind.

(Widerspruch bei der CSU)

Das ist eine Polemik, die Ihnen weh tut, aber wissen Sie, Sie haben mich auch schon getroffen. Damit muss man leben. Ich würde mich bei jedem dieser Generation persönlich entschuldigen, aber nicht bei Ihnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Als Nächsten rufe ich den Kollegen Neumeyer auf.

Martin Neumeyer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Pfaffmann, Frau Schmidt, es ist eigentlich schade: Sie machen Parteipolitik mit einem hohen gesellschaftlichen Thema. Das ist nicht nur schade, das ist auch peinlich.

(Beifall bei der CSU)

Frau Schmidt, Michael hat es gerade gesagt. Wenn Sie die Situation nach dem Krieg und jetzt vergleichen, dann ist das wirklich ein schiefer Vergleich. Vielleicht haben Sie heute Abend Zeit, den Film "Kurt Landauer" anzuschauen, der die Geschichte des FC Bayern zeigt.

Da werden Sie sehen, wie die Flüchtlinge gelebt haben, weil das ein sehr realistischer Film ist. Ich will nur sagen, dass das eine ganz andere Situation ist. Ich würde ganz vorsichtig sein mit solchen Äußerungen.

Herr Pfaffmann, wenn Sie dem Herrn Ministerpräsidenten alles in die Schuhe schieben wollen, dann darf ich Ihnen sagen, dass die Kommunen die Aufgabe haben, die Örtlichkeiten für Unterkünfte zu suchen. Das wäre in München die Landeshauptstadt München, nicht die Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Herr Rinderspacher, Sie sagen, dass die Erstaufnahmeeinrichtungen in den Neunzigerjahren geschlossen worden sind. Das liegt auch am Bayerischen Obersten Rechnungshof, der gesagt hat, wir müssen sie schließen, weil wir keine Flüchtlinge mehr haben.

(Beifall bei der CSU – Lachen des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

- Herr Pfaffmann, Sie können ruhig lachen. Das bringt kein Argument mehr. Das sind die Fakten, das sind die Tatsachen.

Ich muss Ihnen noch eines sagen. Ich bin ein bisschen in der Szene drin. Ich bin im Kabinettsausschuss. Ich muss ehrlich sagen, es wird Tag und Nacht gearbeitet.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Wird höchste Zeit!)

Ich möchte Danke sagen allen Regierungen, allen Landratsämtern, allen kommunalen Einrichtungen, die wirklich Tag und Nacht arbeiten.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ihre Ausführungen sind fast eine Beleidigung für die Menschen, die als Beamte und Angestellte vieles mehr tun, als sie tun müssten.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Ehrenamtler hoch in Ehren – da steckt das Wort Ehre drin. - Herr Dürr, wenn Sie laut sind, bringt das auch nichts. Lautstärke bringt nichts. Nur Ideen bringen Lösungen. Lautstärke bringt überhaupt nichts.

(Beifall bei der CSU)

Ohne Ehrenamtler geht es nicht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Traurig genug!)

- Nein, nicht traurig genug. Das ist schön genug.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Jeder Ehrenamtler, der seine Leistung einbringt, bringt etwas für diese Gesellschaft. Das kann der Staat nicht alles leisten. Es ist auch bürgerschaftliches Engagement not-

wendig bei dieser großen Herausforderung, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist die große gesellschaftliche Herausforderung dieser Zeit.

(Beifall bei der CSU)

Herr Aiwanger, Sie haben auf Ihrem Parteitag gesagt, Sie wollen eine Begrenzung auf 100.000. Wie wollen Sie das machen?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Fragen Sie Seehofer!)

Das ist eine Lieschen-Müller-Rechnung, die Sie machen, aber keine realistische Rechnung, wenn wir schon 220.000 hier haben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, menschenunwürdige Bedingungen können und werden wir im Freistaat Bayern nicht akzeptieren.

(Markus Rinderspacher (SPD): Jetzt plötzlich!)

Den Satz haben Sie von Oberbürgermeister Reiter für seine Stadt gehört. Ich kann diesen Satz für den Freistaat Bayern sagen. Wir akzeptieren keine menschenunwürdigen Bedingungen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben die Einhaltung der Standards aus den Augen verloren. – Das sagt der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Herr Jäger. Ich sage Ihnen: Das ist kein bayarisches Thema, das ist die ganz große Herausforderung für viele Bundesländer, für ganz Deutschland.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in dem Antrag der Fraktion der GRÜNEN steht: "Not-Notunterbringungen", "Not-Notlösungen". Dann könnte man fast sagen, doppelt verneint ist super bejaht. So weit will ich nicht gehen. Aber man kann mit Worten - "Not-Not" statt "Not", "Lagerhaltung" statt "Gemeinschaftsunterkunft", "Abschie-

bung" statt "Rückführung" - viel kaputt machen. Die Debatte über dieses Thema wird auch durch die Sprache geprägt.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Das sagen ausgerechnet Sie von der CSU!)

Wenn Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Bayern entsprechend dem Königsteiner Schlüssel 50 % aller Flüchtlinge aufnehmen -

(Zuruf von der SPD: Darum geht es doch gar nicht!)

- es geht schon darum -, dann möchte ich hinzufügen, dass uns dieser Schlüssel im Oktober 2014 900 Asylbewerber gebracht hätte. 1.910 sind gekommen! Wenn eine solche Entwicklung jemand vorhersehen kann, dann soll er es bitte sagen; er könnte damit nämlich woanders mehr Geld verdienen.

(Beifall bei der CSU)

Ich wiederhole: Es sind Tausend Leute mehr geworden.

Die Ungleichverteilung - in München wurden 1.000 aufgenommen, in Zirndorf deutlich weniger - ist ein Problem, weil sich der Druck auf München weiter erhöht. Klar ist, dass man hier eine vernünftige Lösung finden muss. Das ist Aufgabe des Staates und der Regierungen.

Bayern als südlichstes Bundesland befindet sich übrigens in einer Sondersituation. Bei uns kommen die Leute vom Balkan und aus Italien an; das ist Fakt. Manche Italiener meinen wohl, München sei die nördlichste Stadt Italiens. "La Ola" gibt es in Italien und in Österreich, wenn der Zug durchgefahren ist, nicht vorher. Ich werde im Zug kontrolliert, ob ich eine Fahrkarte habe. Aber Italien und Österreich lassen die Leute einfach durchfahren. Ist das Solidarität? Was ist diese europäische Solidarität wert? Nichts, wenn man es, wie in diesem Fall, einfach laufen lässt.

(Beifall bei der CSU)

Wenn die Flüchtlingszahlen so hoch bleiben und steigen, stehe die Stadt vor einem Systemkollaps, ist aus Dortmund zu hören. Das Problem besteht demnach nicht nur in Bayern, sondern in allen Bundesländern.

Es bedarf nicht erst in Zukunft dreier Schritte:

Der erste Schritt besteht darin, für jeden kurzfristig Betten und ein Dach über dem Kopf bereitzustellen.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Mittelfristig brauchen wir mehr europäische Solidarität bei der Flüchtlings- und Asylbewerberverteilung. Wenn es um unbegleitete minderjährige Flüchtlinge geht, brauchen wir Solidarität in Deutschland.

Wir brauchen schließlich langfristig eine Perspektive. Die Politik muss handlungsfähig sein - das ist die Forderung aus der Bevölkerung. Dazu stelle ich fest: Die Politik ist handlungsfähig!

Die deutsche Bevölkerung fragt aber auch: Wann ist es zu Ende? Gibt es irgendwann ein Finale? – Auf lange Sicht geht es darum, auch mit einer vernünftigen Entwicklungshilfepolitik in den Herkunftsländern für Sicherheit und Frieden zu sorgen.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Das muss Politik der Europäischen Union und Politik der UNO sein.

(Zuruf von den GRÜNEN: Was ist mit Syrien?)

- In Syrien gibt es eine Sondersituation.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Und im Irak?)

- Das sind Sondersituationen. Die Probleme dort können momentan in der bekannten Art und Weise nicht gelöst werden. Schauen wir uns an, wie die Türken sich verhalten:

Sie bombardieren kurdische Städte und sind bei Kobane nicht dabei. Wenn das als Nato-Solidarität gilt, dann weiß ich nicht, wie ich heiße.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Bund ist gefordert, mehr Personal bereitzustellen. Man muss sich das vorstellen: Am Wochenende wird kein Antrag behandelt. Vor zwei Wochen war Tag der Deutschen Einheit. Von Donnerstag, 17.00 Uhr, bis Montag in der Früh waren die Ämter geschlossen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wer regiert denn in Berlin? Das sind doch Sie!)

Wir fordern, dass dort am Wochenende genauso abgearbeitet wird wie an den anderen Tagen.

(Beifall bei der CSU)

Neben mehr Personal und Wochenendarbeit fordern wir für Bayern ein unbürokratisches Programm für Bauvorhaben. Wir wollen, dass der Bund mit mehr finanziellen Mitteln einsteigt.

(Zuruf von der SPD: Was tun Sie selbst?)

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten und der Frau Sozialministerin für den Asylgipfel, den Kabinettsausschuss und die Krisenstäbe. Dafür gilt mein Dank auch Ihnen, lieber Marcel Huber.

(Markus Rinderspacher (SPD): Quatsch!)

- Das ist kein Quatsch. Ich weiß wohl, dass man mit Ausschüssen allein - "wenn ich nicht mehr weiter weiß, bilde ich einen Arbeitskreis" - nicht weiterkommt. Aber angesichts der Zahlendimension ist es richtig und wichtig, dass wir Gremien bilden, die auch ein Programm, einen "Masterplan", wie Sie es nennen, entwickeln können.

Ich wünsche den GRÜNEN übrigens viel mehr Kretschmänner.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Neumeyer!

Martin Neumeyer (CSU): Anschließend.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen kleinen Moment! – Frau Kollegin Schmidt, die Zwischenfrage wird nicht zugelassen.

Martin Neumeyer (CSU): Anschließend.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Anschließend.

Martin Neumeyer (CSU): Ich war bei den Kretschmännern, weil Herr Kretschmann es geschafft hat, die Interessen des Landes vor denen der Partei und den Menschen vor der Ideologie zu sehen. Dieses Thema eignet sich jedenfalls nicht für Parteiengeplänkel.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Sie haben doch Wahlkampf damit geführt!)

Dieses Thema eignet sich übrigens auch nicht nur für Härte.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Herr Aiwanger, in dieser Politikart - Asylpolitik, Flüchtlingspolitik - reichen weder Härte noch Nächstenliebe allein aus. Nur auf dem Weg dazwischen, zwischen Härte und Nächstenliebe, funktioniert es. Diesen Weg beschreiten die CSU und die Bayerische Staatsregierung.

Wir wissen, dass viele Menschen in Gemeinschaftsunterkünften leben; aber eine erhebliche Zahl lebt schon außerhalb. Als Lösung wird oft das Leverkusener Modell vorgestellt. Ich habe mich erkundigt; gestern habe ich telefoniert. Das Modell funktioniert. Aber selbst in Leverkusen werden momentan Container aufgestellt, weil die Anzahl der ankommenden Personen viel größer als vorher ist. Leverkusen hat 136.000 Ein-

wohner und einen ganz anderen Wohnungsmarkt als München; er ist überschaubar, Wohnungen sind vorhanden und bezahlbar. Diese drei Feststellungen können für München nicht getroffen werden.

Deswegen gilt: Man kann manches, aber nicht alles übernehmen. Es ist dringend notwendig, dass wir miteinander ins Gespräch kommen. Wir brauchen kein parteipolitisches Geplänkel, sondern müssen schauen, dass wir für die Menschen vor dem Winter vernünftige Lösungen finden. Dazu bedarf es gewisser Strukturen, die wir in Bayern aber haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben bei der Asylsozialarbeit in den Erstaufnahmeeinrichtungen einen Schlüssel von 1 : 100. Das ist gut so. Aber die Forderung der GRÜNEN, dass wir 100 % der Finanzierung übernehmen, ist schon rechtlich nicht erfüllbar. Der bayerische Weg ist, dass wir als Freistaat momentan 80 % übernehmen und die Sozialverbände 20 % zahlen müssen. In Nordrhein-Westfalen ist es umgekehrt, dort zahlt das Land nur 20 %. Dort schaut es also ganz anders aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, den Vorfall mit der Security gab es in Nordrhein-Westfalen, nicht in Bayern. Aber auch wir in Bayern haben Security. Ich war in der Nacht in der Augsburger Gemeinschaftsunterkunft.

(Zuruf von den GRÜNEN: Die haben keine Security!)

- Entschuldigung! Ich war dabei. Dort gibt es Security, die aufpasst. Sie müssen einmal mit der Leiterin der Gemeinschaftsunterkunft reden.

Man muss sehr wohl aufpassen, wer dort was macht. Es ist zu prüfen, wer wann wo einsteigt, weil eine gewisse Gefährlichkeit einfach da ist. Ich bitte darum, dass der Freistaat Bayern seine Aufmerksamkeit in diesem Punkt aufrechterhält.

Die SPD fordert eine Kampagne für eine bessere Willkommenskultur. Wissen Sie, was die beste Kampagne für Willkommenskultur ist? – Gute Politik!

(Lachen und Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

- Das passt schon. Ich nehme von jeder Seite Applaus entgegen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Wissen Sie, was auch zu dieser Werbekampagne gehört? - Die Art und Weise, wie wir Politiker in dieser Frage miteinander umgehen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Moment! Stopp! Herr Kollege Neumeyer, vielen Dank. - Wir haben drei Zwischenbemerkungen: zunächst Herr Kollege Pfaffmann, dann Frau Kollegin Kamm, dann Frau Kollegin Schmidt.

Herr Pfaffmann, bitte schön.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Lieber Herr Kollege Neumeyer, es tut mir leid, aber ich muss nach Ihrer fulminanten Rede feststellen: Sie haben sich so verhalten, wie Sie sich immer verhalten: Sie lenken ab und suchen die Schuld bei anderen. Das ist offensichtlich.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Herr Neumeyer, Sie haben die Schuld in Italien, in Nordrhein-Westfalen - speziell in Dortmund -, bei der Europäischen Union und der Bundesregierung gesucht. Herr Neumeyer, ich wiederhole es: Verantwortlich für die aktuelle Lage ist ausschließlich Ihre Staatsregierung, sonst niemand.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ihre Betroffenheitsargumentation können Sie sich übrigens sparen. Auch wir unterstützen alle diejenigen, die Tag und Nacht arbeiten, ob im Ministerium, in Einrichtungen oder bei Verbänden. Wir stehen an deren Seite und freuen uns, dass die Helfer unermesslich gute Arbeit leisten. Die Frage lautet aber nicht, ob sie diese Arbeit heute,

gestern oder vorgestern geleistet haben, sondern, warum sie diese Arbeit machen müssen. Das ist die entscheidende Frage. Herr Neumeyer, diese Leute müssen deswegen Tag und Nacht arbeiten, weil Sie zehn Jahre lang in der Flüchtlingspolitik geschlafen haben. Das ist der Grund.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU)

Lieber Herr Neumeyer, ich mache eine ganz einfache Feststellung: Hätten Sie die Anträge aus den Jahren 2009, 2010, 2011, 2012 und 2013 auf Einrichtung von mehr Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften wenigstens einmal geprüft und ins Auge gefasst, wären wir heute gar nicht in dieser Situation. Sie allein tragen die Verantwortung dafür, sonst niemand.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ein letzter Punkt: Sie können sich nicht damit herausreden, mit 1.000 zusätzlichen Flüchtlingen, die zu uns kommen, 1.000 mehr als geplant, überfordert zu sein. Das ist ein Armutszeugnis. Wenn Sie schon mit 1.000 Flüchtlingen mehr überfordert sind, dann haben Sie erst recht versagt.

(Beifall bei der SPD)

Nein, die Prognosen gehen seit dem Jahr 2008 nach oben. Aber Sie blenden halt die Wahrheiten aus. Deswegen haben Sie versagt, niemand anders.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Martin Neumeyer (CSU): Zu Ihrer Frage "hätte" antworte ich Ihnen mit Herrn Steinbrück: Hätte, hätte, Fahrradkette. Ich möchte nur sagen: Wenn das in Bayern jemand gewusst hat, ist es ja gut. Außer Ihnen hat es aber wahrscheinlich niemand gewusst. Das eine ist die Arbeit der Opposition; das andere ist die Arbeit der Regierung.

(Markus Rinderspacher (SPD): Seit einem Jahr ist Ihre Ministerin dran! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist deiner nicht würdig, Martin! – Hubert Aiwan-ger (FREIE WÄHLER): Bleiben Sie einmal in Bayern!)

- Ich bleibe in Bayern. – Warum herrscht in Nordrhein-Westfalen mit einer rot-grünen Landesregierung und in Baden-Württemberg mit einer grün-roten Regierung eine ähnliche Situation? – Weil diese Situation nicht vorhersehbar war.

(Beifall bei der CSU)

Herr Pfaffmann, ich lenke nicht ab. Ich darf in dem Kabinettsausschuss sein, vielleicht auch im Krisenstab. Ich kann Ihnen versprechen: Es wird in diesen Gremien, den Stäben und den Arbeitskreisen, vernünftig, offen und ehrlich gearbeitet. Beim Asylgipfel waren alle Betroffenen, die über Know-how in der Flüchtlingsarbeit verfügen, dabei.

(Markus Rinderspacher (SPD): Mit welchem Ergebnis?)

Ich kann Ihnen versprechen, dass der Freistaat Bayern bereits jetzt in der Flüchtlingsarbeit gute Arbeit leistet und dies auch in Zukunft so sein wird.

(Susann Biedefeld (SPD): Leere Versprechungen!)

Bitte, Frau Kamm.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Das Wort wird immer noch von hier oben erteilt.

Bitte, Frau Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege Neumeyer, es ärgert mich, wie Sie versuchen, uns das Wort umzudrehen. Wir haben in unserem Dringlichkeitsantrag gefordert, dass die Regierungen eine sachgerechte personelle Ausstattung erhalten. Wir haben nicht gesagt, dass diejenigen, die dort arbeiten, eine schlechte Arbeit leisten. Uns zu unterstellen, wir hätten das gesagt, ist einfach unverschämt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Martin Neumeyer (CSU): Lesen Sie das Protokoll nach! Das stimmt nicht!

Christine Kamm (GRÜNE): Ich frage mich wirklich, warum in den entsprechenden Abteilungen keine neuen Stellen geschaffen wurden. Ich habe nachgefragt. Es wurden nur befristete Stellen dazugegeben, aber es wurde nicht die Personalentlastung geschaffen, die die Leute wirklich brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist nicht in Ordnung zu sagen: Die Bevölkerung fragt, wann es zu Ende ist. Die Bevölkerung fragt: Warum bringen wir die Flüchtlinge nicht anständig unter? Warum behandeln wir sie nicht anständig? Das sind die Fragen der Bevölkerung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zum Ehrenamt: Das Ehrenamt möchte mehr tun, es wird aber vielfach daran gehindert, das zu tun, was es tun will. Es gibt genug Menschen, die Flüchtlinge zu Hause aufnehmen wollen. Sie werden daran derzeit durch Ihre Regelungen gehindert. Deshalb brauchen wir eine Entbürokratisierung.

Herr Kollege Neumeyer, ich möchte Sie fragen, ob Sie die Anträge, die im Juli im Sozialausschuss behandelt wurden und mit denen die zeitnahe Schaffung neuer Erstaufnahmeeinrichtungen, Auszugsmöglichkeiten aus den Gemeinschaftsunterkünften und die Gewährleistung der psychologischen Betreuung in den Erstaufnahmeeinrichtungen gefordert wurden, heute noch einmal ablehnen wollen. Diese Anträge befinden sich heute auf der Sammelliste. Oder haben Sie etwas gelernt und stimmen diesen Anträgen zu?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Martin Neumeyer (CSU): Frau Kamm, wenn Sie aufgepasst haben – davon gehe ich aus -, haben Sie gehört, dass auch ich für eine Personalmehrung bin. Wenn Sie sich den Doppelhaushalt für das nächste Jahr ansehen, werden Sie feststellen, dass sehr

viel Geld im System ist. Es wird noch mehr Geld ins System kommen, um viele Punkte zu realisieren, die sehr teuer sind.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Was denn?)

Ich weiß, dass die Stimmung so ist, wie Sie sie beschreiben. Ich erlebe oft, dass Menschen sagen, dass sie helfen wollen. Das passiert in tausendfacher Zahl. Ich weiß auch, dass manche Behörden die Ehrenamtler nicht gerne sehen. Wenn mir das gemeldet wird, gehe ich mit den Ehrenamtlern in die Behörde und bitte um einen vernünftigen Umgang. Manchmal gibt es auf beiden Seiten Forderungen, sodass Gespräche geführt werden müssen. Das tue ich. Wenn mir jemand sagt, er darf nicht in die Behörde rein, dann gehe ich in die Behörde und rede mit den Leuten. Ich sage dann: Wir brauchen diese Ehrenamtler, um das System aufrechtzuerhalten.

Nun zu unserem Abstimmungsverhalten im Juli: Damals wurde genau eine Erstaufnahmestelle gefordert. Wir haben gesagt, dass wir in allen Regierungsbezirken neue Erstaufnahmeeinrichtungen wollen. Hier habe ich einen Zettel mit den Erstaufnahmeeinrichtungen, die kommen werden. Hinzu kommen die Dependancen. Das ist eine immense Zahl, die auch notwendig ist. Hier bin ich mit Ihnen völlig d'accord.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. Frau Kollegin Schmidt, bitte.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Kollege Neumeyer, wir haben gehört, dass Sie sich telefonisch informieren. Wann haben Sie zuletzt mit den Bundestagsabgeordneten gesprochen und diese gebeten, einen Antrag auf Aufstockung des Personals beim BAMF zu stellen? Meine Frage lautet: Sprechen Sie mit Ihren Kollegen im Bundestag?

Sie schimpfen auf Italien. Die Italiener fahren bis vor die Küste Afrikas und fischen dort die Menschen aus dem Meer. Dieses Land tut sehr viel. Wann haben Ihre Kollegen im Europa-Ausschuss einen Antrag auf Zusammenarbeit mit Italien gestellt? Wann haben

sie Anträge zur Flüchtlingsvermeidung gestellt? Wann haben sie Anträge zur Unterstützung der Entwicklungshilfe gestellt? Ich habe dazu nichts gefunden. Vielleicht liegt das an mir.

Sie sagen immer, was die anderen Bundesländer nicht tun. Nennen Sie mir doch einfach ein Aktenzeichen. Ich habe keine Unterlagen darüber gefunden, was Sie getan haben.

(Jürgen W. Heike (CSU): Gegenfrage: Was haben Sie gemacht?)

Ich habe einmal gehört, dass wir in Bayern in der Vorstufe zum Paradies leben würden. Ich habe noch nie gehört, dass im Paradies nicht für Tausend und mehr Menschen Platz wäre.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Sie kennen sich doch mit dem Christentum aus. Dort heißt es, jeder Mensch hätte die Chance aufs Paradies. Das wollte ich nur einmal gesagt haben.

Herr Neumeyer, zum Schluss möchte ich Sie fragen, ob Sie den Unterschied zwischen einer Erstaufnahmeeinrichtung und einer Unterkunft kennen. Laut Zeitung haben Sie nämlich nicht in einer Erstaufnahmeeinrichtung geschlafen, sondern in einer Unterkunft.

(Peter Winter (CSU): Was ist mit der Zeit?)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin, die zwei Minuten gelten auch für Sie.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Das ist ein gewaltiger Unterschied. Ich biete Ihnen einmal eine Übernachtung in einer Erstaufnahmeeinrichtung an. Dann lernen Sie auch das Paradies kennen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Martin Neumeyer (CSU): Zunächst zu Ihrer Äußerung zum Paradies: Ich liebe das Kabarett. Dies war ein sehr gutes Kabarett. – Ich habe nie behauptet, in einer Erstaufnahmeeinrichtung geschlafen zu haben. Ich habe in einer Gemeinschaftsunterkunft geschlafen. Sehr verehrte Frau Schmidt, ich werde das nachholen. Ich sehe mir das sehr gerne an.

Natürlich reden wir sehr gerne mit unseren Bundestagsabgeordneten, nachdem auch unser Generalsekretär Bundestagsabgeordneter ist. Dort wird über das Thema Personalmehrung im BAMF sehr heftig und intensiv diskutiert.

Ich habe nicht auf Italien geschimpft; das tue ich nicht. Ich habe nur gesagt, dass ich von Italien Solidarität einfordere. Das ist etwas ganz anderes. – Außerdem sind die Leistungen auf Lampedusa und die Flüchtlingsaufnahme unterschiedliche Leistungen des Landes Italien. Das muss man wirklich unterscheiden. Wenn man alles in einen Topf wirft und umrührt, gelangt man zu einem Ergebnis, das wir nicht wollen.

(Beifall bei der CSU)

Als Letztes füge ich hinzu: Im Europa-Ausschuss sitze ich nicht; hier weiß ich nicht Bescheid. Aber ich werde meinen Kollegen sagen, sie sollen Anträge stellen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Neumeyer. Herr Kollege Pfaffmann hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Präsident, ich habe mich deswegen zu Wort gemeldet, weil ein Punkt richtig gestellt werden muss und ich nicht mehr bereit bin, alle hier vorgetragenen falschen Behauptungen einfach hinzunehmen. - Herr Neumeyer, Sie haben behauptet, dass die Zahlen der Flüchtlingsbewegungen nicht bekannt waren. Das ist die Unwahrheit.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Seit 2008 wissen wir, dass die Zahlen dramatisch steigen. Werfen Sie nur einen Blick auf die Prognosen!

(Widerspruch bei der CSU)

Wir waren vor zwei Jahren in Zirndorf. Vor zwei Jahren war die Lage in Zirndorf katastrophal. Passiert ist nichts. Christian Ude, damals noch Oberbürgermeister von München, hat 2010 die damalige Ministerin Hohlmeier angeschrieben.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): 2010 war Frau Hohlmeier nicht mehr Ministerin!)

- Es war 2011. Er hat sie mit der Bitte angeschrieben, dringend mehr Plätze zu schaffen – keine Antwort. Das Gleiche geschah bei Ministerpräsident Seehofer. Die Warnungen aus den Kommunen wurden in den letzten Jahren systematisch ignoriert. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Sie brauchen doch jetzt nicht so zu tun, als wäre all das ganz neu.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Pfaffmann. Mir ist soeben eine Änderung der Rednerliste signalisiert worden. Statt Frau Staatsministerin Müller redet der Herr Ministerpräsident. Bitte schön.

(Beifall bei der CSU)

Ministerpräsident Horst Seehofer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche deshalb, weil ich über den Verlauf der Diskussion in der letzten Stunde etwas betroffen bin.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Oh! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) – Gegenruf der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Hör mal zu!)

Bei jedem Gespräch, zuletzt am Sonntagabend mit der Kanzlerin, morgen und übermorgen mit den Ministerpräsidenten, beschäftigen wir als Verantwortliche für die Bundesrepublik Deutschland uns mit dieser erstmaligen, vielleicht einmaligen Herausforderung, einer Herausforderung, vor der die Bundesrepublik Deutschland so noch nicht stand.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich kann nur darauf hinweisen, dass wir uns vor nicht allzu langer Zeit noch über den Arabischen Frühling gefreut haben. Der Arabische Frühling steht auf dem Kopf. Ich bewundere alle, die heute so tun, als hätten sie die Entwicklung auf der Krim, in Kiew, in der Ostukraine, im Nordirak und die Verfolgung der Christen und Jesiden schon seit Jahren vorhergesehen. Hier hat nur niemand gemerkt, dass Sie so genial sind, Herr Pfaffmann. Das Kennzeichen eines selbsternannten Genies ist, dass außer dem Genie niemand etwas von der Genialität merkt.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Erstens. Die Welt ist an vielen Stellen aus den Fugen. Wir haben nach meiner festen Überzeugung und nach der Überzeugung aller, die sich mit diesem Thema beschäftigen, den Scheitelpunkt dieser Entwicklung noch nicht erreicht. Diese Flüchtlingsbewegung wird uns noch viele Jahre beschäftigen. Das ist meine erste Feststellung. Meine Damen und Herren, wir sollten jetzt nicht so tun, als hätte sich all das seit Jahren abgezeichnet.

Zweitens. Deutschland und Bayern nehmen im europaweiten Vergleich, ja im weltweiten Vergleich mit Abstand die meisten Asylbewerber auf. Unsere Bevölkerung und die

gesamte Politik sind solidarisch. Deshalb möchte ich mich bei der bayerischen Bevölkerung für diese Solidarität bedanken.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Frau Kamm, darin besteht der Unterschied zur Situation im Jahr 1989 und in den Jahren bis 1995. Damals war die Reaktion der Bevölkerung eine gänzlich andere als heute. Unser Land ist sehr von Hilfsbereitschaft, von Unterstützung, von Verständnis geprägt. Darin besteht der wesentliche Unterschied zum Beginn der 1990er-Jahre. Deshalb rede ich davon, dass wir es mit einer neuen, einmaligen, einzigartigen Herausforderung zu tun haben, die es so in Deutschland noch nicht gegeben hat.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin von den FREIEN WÄHLERN, ich finde den Vergleich mit den deutschen Heimatvertriebenen in hohem Maße unangemessen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Ich kann Ihnen nur empfehlen, dass Sie diesen Vergleich vom Tisch nehmen. Sie werden in den nächsten Wochen damit keine Freude haben. Ich sage das als Kollege.

Drittens. Meine Damen und Herren, bei allem, was wir tun, sollten wir darauf achten, wie es auf die Menschen zurückwirkt, über die wir gerade reden.

(Beifall bei der CSU)

Herr Pfaffmann, ich sage Ihnen mit vollem Ernst - -

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

- Schön langsam. Ich habe jeden Tag ohne Veröffentlichung, ohne Pressemitteilung mit dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München gesprochen. Eines möchte ich hier veröffentlichen: Wir waren beide immer von der Sorge getrieben, dass das, was in der Praxis beziehungsweise in der Öffentlichkeit stattfindet, durch große demo-

kratische Volksparteien so gehandhabt werden muss, dass nicht die Geschäftemacher vom rechten Rand daraus ihren Honig saugen. Darauf müssen wir achten.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ministerpräsident Horst Seehofer: Ich will den Sachverhalt jetzt im Zusammenhang darstellen. – Ich spare nun nicht mit der Bewertung eines Mediums, der "Süddeutschen Zeitung", deren Chefredakteur mir in einer Beurteilung meiner Person, die seit über 30 Jahren gegen den politischen Radikalismus und für soziale Gerechtigkeit in unserem Lande kämpft, ein taktisches Spielchen mit den Flüchtlingen unterstellt. Auch das vergiftet die Atmosphäre in der Öffentlichkeit.

(Beifall bei der CSU)

Viertens. Unsere Flüchtlings- und Asylpolitik ist von drei zentralen Grundsätzen geprägt, über die wir uns beim Asylgipfel mit allen Verbänden und Betroffenen ausgetauscht haben. Dabei waren sie mit dem Ergebnis offensichtlich einverstanden, wie die Reaktionen am gleichen Tag oder danach gezeigt haben. An erster Stelle muss immer ohne Ansehen der Person die Humanität in der Unterbringung und in der Betreuung von Menschen stehen, die zu uns kommen, weil man zu Beginn eines Verfahrens ja nicht weiß, um welche Flüchtlingsgemeinschaft es geht. Das haben wir immer im Blick. Darauf achte ich als Ministerpräsident dieses Landes ganz besonders.

Fünftens. Wenn wir die Akzeptanz, die in der Bevölkerung erfreulicherweise in hohem Maße vorhanden ist, für die Solidarität erhalten wollen, müssen wir offen aussprechen, dass wir ungerechtfertigte Zuwanderung mit der Berufung auf Asyl oder andere Bleibensgründe unterbinden. Das gehört dazu, wenn wir die Akzeptanz in der Bevölkerung erhalten wollen. Das haben wir im Bundesrat getan. Mein Kollege Kretschmann hat mich dankenswerterweise dabei unterstützt.

(Beifall bei der CSU)

Etwa 20 % des Personenkreises, der sich bei uns in Bayern befindet, kommt aus den Balkanstaaten, wo man nicht ernsthaft von politischer Verfolgung sprechen kann. Es gibt in diesen Fällen keinen Grund, sich in Deutschland auf das Asylrecht zu berufen. Hinzu kommt, dass die Abkommen von Dublin und Schengen in großer Zahl einfach nicht beachtet werden. Meine Damen und Herren, was nutzen Verträge auf europäischer Ebene, die im Zuge des Zusammenwachsens Europas zwar an den Binnengrenzen keine Kontrollen mehr vorsehen, aber an den Außengrenzen die Grenzkontrollen für ganz Europa regeln, wenn diese Kontrollen auf den beiden Routen, die für uns in Bayern maßgeblich sind – Balkan und Südeuropa – faktisch nicht stattfinden? – Man wird dann schon noch sagen dürfen: Liebe Europäische Union, kümmert euch um dieses Thema und stellt das ab. Das ist nicht nur ein Problem im Zusammenhang mit der Flüchtlingsbewegung. Es ist auch ein Problem für unsere innere Sicherheit, wenn in wesentlichen Teilen der Außengrenzen Europas keine Kontrollen stattfinden. Das ist auch ein Problem.

(Beifall bei der CSU)

Zu unseren italienischen Kollegen sage ich nicht: Ihr müsst das Problem alleine schultern. Wir drängen auch aus Bayern sehr darauf, den Italienern sowohl finanziell als auch bei der Verteilung der Flüchtlinge in Europa zu helfen. Beides gehört zu diesem Konzept. Leider gibt es in der Europäischen Union in hohem Maße bisher keinen Erfolg.

Das Sechste sage ich gleich dazu: Im Moment haben wir auf der Welt etwa 60 Millionen Flüchtlinge. Wir haben den Scheitelpunkt noch nicht erreicht. Wenn Sie das analysieren, stellen Sie fest, das liegt daran, dass wir im Bereich der Armutsflüchtlinge noch eine Zunahme erwarten müssen. Zusätzlich gibt es noch die sogenannten Klimaflüchtlinge, die nicht wegen des Klimas flüchten, sondern weil die Erderwärmung ihnen die Lebensgrundlage gerade in der Landwirtschaft entzieht. Das, was von einem Red-

ner heute angesprochen worden ist, kann ich nur unterstreichen. Für diesen dritten Punkt brauchen wir auf europäischer, auf deutscher, aber auch auf bayerischer Ebene eine Neujustierung der Entwicklungshilfepolitik. Die Menschen müssen wir in den Regionen unterstützen, damit sie mit unserer Hilfe in ihrer Heimat bleiben können. Das gehört dazu.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Herr Pfaffmann, ich sage das, weil Sie hier so aufgetreten sind und sagten, wir hätten kein Konzept und wüssten nicht, was wir wollen. Wir haben eine klare Linie, die wir auch im Asylkompromiss oder beim Asylgipfel - -

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Leute müssen auf der Straße schlafen!)

Herr Pfaffmann, ich rede mit dem Oberbürgermeister anders, als Sie hier reden. Deshalb ist das für uns maßgeblich.

Weil das zum ehrlichen Umgang miteinander gehört, darf ich noch etwas sagen. Das muss auch ausgesprochen werden. In den letzten drei oder vier Tagen ist das, was ich in der Asylpolitik umsetzen wollte, was wir wollten, nicht fehlerfrei umgesetzt worden; keine Frage. Das bedauere ich auch. Das sollten wir einräumen. Das sollten wir sagen. Wir sollten dafür sorgen, dass das abgestellt wird. Das rechtfertigt nicht, dass wir uns parteipolitisch derart bekämpfen, dass nur eine Gattung im Lande Profit daraus zieht – das sind die braunen Dumpfbacken.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Ministerpräsident. - Wir haben noch zwei weitere Wortmeldungen. Zunächst hat Frau Kollegin Bause das Wort. Bitte schön.

Margarete Bause (GRÜNE): Herr Ministerpräsident, gerade haben Sie zugegeben, dass Sie mit Ihrer Flüchtlingspolitik falsch gehandelt haben.

(Widerspruch bei der CSU)

- Okay, dann haben Sie diese Größe nicht gehabt.

(Lachen bei der CSU)

Immerhin haben Sie Versäumnisse eingeräumt. Das ist schon mal der erste Schritt. Das ist schon mal ein Fortschritt gegenüber vielem, was wir uns in den letzten Wochen und Monaten anhören mussten. Gleichwohl haben Sie sich zu Beginn Ihrer Rede betroffen über den Verlauf der Debatte gezeigt. Ich fände es besser, wenn Sie sich zum Beispiel von der Situation in der Bayernkaserne und in Zirndorf betroffen zeigen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe Sie schon vor drei Wochen aufgefordert, sich in die Bayernkaserne zu begeben und sich vor Ort ein Bild von der Lage zu machen. Ich glaube, das wäre heute noch wichtiger als vor drei Wochen. Herr Reiter, Oberbürgermeister von München, war da. Dort müssen nicht jede Woche neue Politiker auftauchen. Aber ich glaube, wenn der Ministerpräsident dieses Landes, der für diese Situation verantwortlich ist, sich vor Ort zeigt, wäre das ein wichtiges politisches Zeichen. Ich fordere Sie noch einmal auf: Gehen Sie in die Bayernkaserne. Gehen Sie nach Zirndorf. Schauen Sie sich die Situation an. Ziehen Sie dann bitte die richtigen Schlüsse daraus.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Sie sagen, Deutschland und Bayern nähmen weltweit die meisten Flüchtlinge auf. Das kann doch bitte nicht Ihr Ernst sein. Schauen Sie in die Türkei. Schauen Sie nach Jordanien. Schauen Sie in den Libanon. Diese Länder nehmen Millionen von Flüchtlingen auf. Sie sagen, Deutschland würde die meisten Flüchtlinge aufnehmen. Das ist noch nicht mal in Europa der Fall.

(Widerspruch bei der CSU)

Deutschland nimmt pro Kopf nicht die meisten Flüchtlinge auf.

(Peter Winter (CSU): Sie biegen sich das wieder zurecht!)

Schweden ist da besser. Sogar das kleine Malta ist besser. Die Niederlande sind besser. Das muss man immer auf die Bevölkerungszahl runterrechnen. Deutschland nimmt nicht pro Kopf die meisten Flüchtlinge auf. Es gibt ganz andere Länder, die mehr tun. Wenn wir sehen, wie wohlhabend wir in Bayern sind, und uns auch noch auf unsere christlichen Werte berufen, dann sollten wir zu mehr in der Lage sein und nicht immer auf die anderen zeigen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): Sie sind also für mehr Flüchtlinge, Frau Bause?)

- Ja, ich bin dafür, dass wir noch mehr Flüchtlinge aus Syrien und dem Nordirak aufnehmen. Das ist unsere Verpflichtung, insbesondere dann, wenn Sie sich als christliche Partei bezeichnen. Das ist besonders Ihre Verpflichtung, wenn Sie von Werten reden und das nicht völlig schäbig und erbärmlich sein soll. Sie sollten sich für diese Flüchtlinge einzusetzen, dafür, dass mehr Flüchtlinge hier Schutz und Hilfe finden.

(Widerspruch bei der CSU – Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte hier zum Schluss sagen, weil Herr Kretschmann mehrfach erwähnt wurde: Nehmen Sie sich dann bei Ihrer Flüchtlingspolitik bitte auch ein Beispiel an der Flüchtlingspolitik in Baden-Württemberg.

(Zurufe von der CSU – Dr. Florian Herrmann (CSU): Sie haben es doch abgelehnt!)

Da gab es erst vor zwei Tagen einen Flüchtlingsgipfel mit dem Ministerpräsidenten.

(Peter Winter (CSU): Die schlafen in Baden-Württemberg doch auf der Straße!)

Er hat deutlich gemacht: Es kommt sehr viel mehr Personal in die Behörden. Auch aus anderen Dienststellen wird Personal abgezogen, damit sie vor Ort und schnell helfen können.

(Peter Winter (CSU): Sie sollten mal nach Baden-Württemberg gehen!)

Eine Idee aus Baden-Württemberg finde ich ganz hervorragend – jetzt seien Sie doch einmal ruhig!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Bause, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Margarete Bause (GRÜNE): Nein, ich gestatte jetzt keine Zwischenfrage. – Eine Idee aus Baden-Württemberg finde ich wirklich nachahmenswert: ein Bündnis für Flüchtlinge. Winfried Kretschmann hat ein Bündnis für Flüchtlinge ausgerufen und will ein Bündnis für Flüchtlinge organisieren. Daran sollten wir uns auch hier in Bayern ein Beispiel nehmen und mit all den Organisationen, den Wohlfahrtsverbänden, den Kirchen, den Freiwilligenorganisationen und den Kommunen, ein Bündnis für Flüchtlinge hier in Bayern organisieren.

(Peter Winter (CSU): Das tun wir doch! Das haben wir längst!)

Das stände uns gut an.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Moment, Frau Kollegin Bause. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung. - Bitte!

Klaus Steiner (CSU): Frau Kollegin Bause! Ich habe hier einen Zeitungsartikel aus dem "Schwabacher Tagblatt" vom 03.10.2014. Die Überschrift heißt "Menschenunwürdig". Hier geht es um Flüchtlinge, die von Schwabach nach Karlsruhe gebracht wurden. Dort mussten sie in Glaskäfigen – so wird das hier formuliert – wohnen und meh-

rere Tage auf dem Boden verbringen. Das ist die Flüchtlingspolitik Ihres Herrn Kretschmann. Ich gebe Ihnen gerne diesen Artikel. Was Sie hier aufführen, ist schäbig.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Es ist schäbig auf Kosten der Flüchtlinge. Baden-Württemberg ist das, nicht Bayern, liebe Frau Kollegin. Dort wurden die Leute in Glaskäfigen untergebracht. Die Leute von der Flüchtlingsinitiative Schwabach haben sich an den Herrn Ministerpräsidenten Seehofer gewandt, damit er in Baden-Württemberg interveniert, damit die Menschen einigermaßen menschenwürdig untergebracht werden,

(Margarete Bause (GRÜNE): In die Bayernkaserne kommen, genau!)

wie dies in der Schwabacher Unterkunft der Fall war.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört! – Beifall bei der CSU – Lachen bei den GRÜNEN)

Margarete Bause (GRÜNE): Wenn es diese Situation gegeben hat, bin ich die Erste, die sagt, das geht so nicht.

(Anhaltende Unruhe bei der CSU)

Aber auch hier bitte - - - Was soll denn das?

(Glocke des Präsidenten – Jürgen W. Heike (CSU): Dasselbe haben Sie bei unserem Ministerpräsidenten gemacht! – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Selber zuhören! – Oliver Jörg (CSU): Sie haben das vorhin selber gemacht! – Weitere Zurufe von der CSU)

Sie haben die Verantwortung dafür, was hier in diesem wunderbaren Bayernland passiert. Wenn Flüchtlinge in Bayern kein Bett, keine Decke, kein Dach über dem Kopf haben, dann sollten Sie sich darüber Gedanken machen, bevor Sie mit dem Finger

auf andere zeigen. Erledigen Sie bitte erst einmal das, wofür Sie hier die Verantwortung haben!

(Zurufe von der CSU – Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir haben die nächste Wortmeldung. Herr Kollege Rinderspacher, bitte sehr!

Markus Rinderspacher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Herr Ministerpräsident, in Ihren dreizehnminütigen Ausführungen vor dem Hohen Haus haben Sie eine große Chance verpasst.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU)

Sie haben über den Chefredakteur der "Süddeutschen Zeitung" und über die Situation in Nordrhein-Westfalen gesprochen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Keinen Ton über Nordrhein-Westfalen!)

Sie haben aber als bekennender Herz-Jesu-Sozialist und Sie haben als Landesvater des Freistaats Bayern heute die Chance verpasst, Ihr Bedauern darüber zum Ausdruck zu bringen, dass es Flüchtlinge in Bayern gibt, die in Unterkünften im Freien schlafen müssen, und das zu Beginn der Winterzeit. Es wäre unserem Landesvater gut angestanden, hierüber sein Bedauern zum Ausdruck zu bringen; denn es liegt in seiner Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Jürgen W. Heike (CSU): Lassen Sie Ihre Belehrungen! – Weitere Zurufe aus der CSU)

Statt die Presse zu schelten, statt diejenigen, die im Bayerischen Landtag seit Jahren dieses Thema intensiv behandeln, zu bekämpfen und mit harschen Worten abzukanzeln, wäre es Ihnen gut angestanden, hier heute mehr Landesväterlichkeit an den Tag zu legen, anstatt die Gegenoffensive zu propagieren.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das hilft auch nichts, egal was er macht, euch passt es nie!)

Tatsächlich ist es richtig, Herr Ministerpräsident, dass es unterschiedlich verantwortliche Ebenen gibt. Die anderen verantwortlichen Ebenen haben Sie alle angesprochen. Ihre eigene lassen Sie interessanterweise außen vor.

(Beifall bei der SPD – Zurufe und Unruhe bei der CSU)

Meine Damen und Herren, es handelt sich doch ganz ausdrücklich nicht um eine Entwicklung, meine Damen und Herren, mit der wir uns erst seit wenigen Wochen befassen. In unserem gemeinsamen Koalitionsvertrag im Bund – das liegt jetzt ein Jahr zurück - ist die Asylpolitik intensivst behandelt worden. Viele gemeinsame Positionen wurden entwickelt. Es liegt mittlerweile zwölf Monate zurück, dass sich die Sozialministerin des Freistaats Bayern gebrüstet hat, sie würde schnell Verbesserungen schaffen, schnell würden neue Unterkünfte und neue Erstaufnahmeeinrichtungen geschaffen und die Lebenssituation der Flüchtlinge vor Ort sich bis Weihnachten 2013 – das liegt jetzt fast ein Jahr zurück – drastisch verbessern. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Situation hat sich dramatisch verschlechtert.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Es liegt nicht daran, dass zu wenig Geld da ist. Das ist auch gar nicht der Vorwurf, den wir Ihnen machen. Ja, es ist richtig: Im nächsten Haushalt stellen Sie mehr Geld zur Verfügung. Ja, wir wollen die Regierungspräsidenten von Mittelfranken und Oberbayern ganz ausdrücklich dafür loben, dass sie unbürokratisch handeln, wenn Kommunen neue Lösungswege gehen, und sagen, ja, wir stellen dafür Geld zur Verfügung. Herr Ministerpräsident, Ihr Problem ist ein beispielloses Managementversagen in der Regierung. Sie bekommen es nicht geregelt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Geld ist da. Ich möchte Ihnen auch gar nicht den guten Willen absprechen. Aber Frau Sozialministerin, wer vor 12 Monaten ankündigt, man werde tatkräftig handeln und schnell Erstaufnahmeeinrichtungen organisieren, die dann erst eineinhalb oder zwei Jahre später installiert werden, der darf nicht für sich in Anspruch nehmen, sich Regierung zu nennen, meine Damen und Herren. Diese Regierung ist die teuerste Nichtregierungsorganisation des Freistaats Bayern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ein letztes Wort noch: Ihre Krokodilstränen, Ihre Aussage, dass die Opposition den Geschäftemachern am rechten Rand gewissermaßen die Hand reichen würde, weil sie ein parteipolitisches Süppchen kocht, und das aus Ihrem Mund, Herr Ministerpräsident, können wir so nicht hinnehmen.

(Beifall bei der SPD – Peter Winter (CSU): Nichts als die Wahrheit!)

Darf ich Sie daran erinnern, dass Sie im Sommer 2011 in einem Interview mit dem "Focus" einen Einreisestopp für Türken und für Menschen aus arabischsprachigen Ländern gefordert haben? Darf ich Sie daran erinnern, dass Sie auf einem Parteitag gesagt haben, dass Sie bis auf die letzte Patrone dafür Sorge tragen werden, die Einwanderung in die Sozialsysteme in Deutschland zu verhindern? Von Ihnen und Ihrer Partei stammt die Diskriminierung von Rumänen und Bulgaren zu Beginn des Jahres mit dem Slogan "Wer betrügt, der fliegt". Wenn Sie hier heute solche Krokodilstränen weinen, kann ich Ihnen nur sagen: Sie kennen die Geschäftemacher vom rechten Rand ganz genau; denn Sie betreiben mit Rechtspopulismus deren Spiel: Alle paar Monate haben Sie hier eine neue Forderung. Wir von der Opposition müssen uns solche Vorwürfe ganz gewiss nicht anhören.

(Reinhold Bocklet (CSU): Ungeheuerlich! – Dr. Florian Herrmann (CSU): Unverschämtheit! – Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Genauso ist es! Wahrheit! – Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass sich die Sozialministerin im Laufe der Debatte noch zu Wort melden wird. Mit dem Ministerpräsidenten ist es natürlich nicht getan; denn was Sie immer noch nicht dargelegt haben, Herr Ministerpräsident, war, außer dem Verweis auf Italien, wie Ihr Sofortprogramm tatsächlich aussieht.

(Zurufe von der CSU und der SPD)

Auch Herr Neumeyer hat dazu im Übrigen nichts gesagt. Was ist denn jetzt der Plan für die nächsten sieben Tage, für die nächsten vierzehn Tage? Was können wir im Oktober noch erwarten? Was erfolgt im November? Wo stehen wir an Weihnachten 2014?

(Jürgen W. Heike (CSU): Unterm Christbaum!)

Hoffentlich nicht da, wo sie uns bereits 2013 haben wollten. Meine Damen und Herren, ein solches Sofortprogramm hätte ich mir heute neben ein paar Worten, neben Presseschelte und neben Schelte der bayerischen Opposition hier erwartet. Das waren alles aus dem Katalog der entsprechenden Bierzeltreden gestanzte Formulierungen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ein konkretes Handlungsprogramm sind Sie uns auch heute leider schuldig geblieben.

(Anhaltender Beifall bei SPD, den FREIEN WÄHLERN und GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Unverschämtheit!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir haben zwei weitere Wortmeldungen. Zunächst Herr Kollege Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte zeigt, wo die Bayerische Staatsregierung beim Thema Flüchtlingsunterbringung steht. Sie ist schlichtweg politisch handlungsunfähig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Wenn Sie den Vergleich mit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg haben wollen, sage ich Ihnen: Damals hat es ein armes, zerbombtes und kaputtes Bayern geschafft, Millionen von Flüchtlingen innerhalb kurzer Zeit unterzubringen und ihnen zumindest ein Dach über dem Kopf zu garantieren. Wieviel einfacher müsste das heutzutage sein? Es müsste doch heute viel einfacher sein, eine Baufirma oder eine Schreinerei damit zu beauftragen, irgendwo eine Holzhaussiedlung hinzustellen und dort ein paar Tausend Menschen unterzubringen. Das war nach dem Krieg in kurzer Zeit ohne technische Mittel möglich. Wenn wir heute nicht in der Lage sind, in Bayern Zeltstädte aufzustellen, frage ich Sie: Was ist denn in diesem Land los, wenn wir einmal eine Naturkatastrophe haben, wenn wir einmal für einige zehntausend Menschen innerhalb weniger Wochen ein Dach über dem Kopf brauchen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Haben wir überhaupt noch Zelte beim THW, bei der Bundeswehr und so weiter? Warum können wir im Libanon und in Jordanien nicht sehr viel tun? Der "Fonse", Christian Springer, fährt seit Jahren zusammen mit Monika Gruber mit Hilfskonvois in diese Länder und bittet händeringend, zu helfen und dort tätig zu werden. Deshalb muss ich Sie fragen: Können wir das heute überhaupt noch? Haben wir nach einer Ära von ein paar schwarzen Verteidigungsministern mit Adelstiteln vorne dran überhaupt noch ein Transportflugzeug, das ein paar Hundert Zelte dort hinunterfliegen kann? Oder haben wir überhaupt kein Transportflugzeug mehr, das noch funktioniert?

Sie redeten von der sicheren Drittstaatenregelung und sagten, diese Flüchtlinge dürften durch Österreich gar nicht durchkommen. Dazu muss ich Sie fragen: Welche Arbeitsbasis haben Sie mit Österreich überhaupt noch? Sie stehen mit denen wegen der Ausländermaut im Streit. Die Österreicher drohen Ihnen mit einem Gerichtsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof.

(Widerspruch bei der CSU – Dr. Florian Herrmann (CSU): Was hat die Maut damit zu tun?)

Ein Franz Josef Strauß wäre nach Österreich gefahren, hätte mit den Herrschaften dort Brotzeit gemacht und dafür gesorgt, dass diese Drittstaatenregelung funktioniert. Das heißt, Sie sind weder national noch international handlungsfähig.

Zu Hause sind Sie nicht einmal in der Lage, ein paar Holzhäuser aufzustellen. Ein Bürgermeister einer Kommune bekommt am Freitag mitgeteilt, dass am Samstag zehn Leute vor dem Rathaus stehen. Die muss er unterbringen. Sie leiten zu wenig in die Wege, um diese Leute unterzubringen. Die ganz klare Botschaft lautet: Sie wurden von diesem Thema überrollt.

Herr Ministerpräsident, Sie haben heute gesagt, der Scheitel sei noch nicht erreicht. Dann sagen Sie aber bitte in einem halben Jahr nicht wieder, Sie hätten mit so vielen Flüchtlingen nicht rechnen können. Es besteht durchaus die Gefahr, dass es noch mehr werden. Wir müssen dann zu unkonventionellen Maßnahmen greifen.

Ich frage Sie noch einmal: Ist es wirklich unmöglich, zu einer Baufirma oder einer Schreinerei zu gehen und sie damit zu beauftragen, ein paar Holzhäuser aufzustellen, um diese Leute unterbringen zu können? Nicht einmal dazu sind Sie in der Lage. Sie können jetzt wieder schreien, aber Sie sind an der Regierung, um das zu bewerkstelligen. Sie sind dafür verantwortlich, dass Leute auf Pappkartons schlafen und nicht einmal ein Dach über dem Kopf haben. Dafür sind Sie verantwortlich und sonst niemand in diesem Land.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir haben noch eine Wortmeldung: Herr Kollege Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen über einen ernsten Vorgang, der uns sicher alle besorgt macht. Klar ist in diesem

Hohen Haus, dass jeder von uns Flüchtlinge, die zu uns kommen, menschenwürdig unterbringen und versorgen will. Wir bemühen uns hier mit einem enormen Mitteleinsatz in Höhe von 500 Millionen Euro pro Jahr. Das sind enorme Zahlen. Wir bemühen uns auch mit einem entsprechenden Engagement.

Herr Pfaffmann, Sie sagten, wir hätten 2008, 2009 oder 2010 die Entwicklung erkennen können. Ich sage Ihnen: In den Jahren 2008 und 2009 hatten wir in Deutschland 30.000 Flüchtlinge. 2012 hatten wir in Deutschland noch 75.000 Flüchtlinge. Letztes Jahr waren es 130.000, und heuer werden wir 230.000 bis 250.000 bekommen. Das alles haben Sie 2008 schon gewusst. Ich gratuliere. Werden Sie Hellseher, und Sie werden jede Menge Geld damit verdienen, Herr Pfaffmann!

(Beifall bei der CSU)

Dies hat niemand gewusst. Auch Ihr Kollege aus Nordrhein-Westfalen und der Kollege aus Baden-Württemberg haben es nicht gewusst. In ganz Deutschland stehen wir vor dieser Situation. Von einem Jahr auf das nächste haben wir eine Verdoppelung der Flüchtlingszahlen. Wahrscheinlich haben wir nächstes Jahr nochmals eine Verdoppelung der schon hohen Flüchtlingszahl. Dies schafft uns Probleme.

Wir müssen bei der Unterbringung immer zwei Situationen unterscheiden. Die Unterbringung der registrierten Flüchtlinge, die im Asylverfahren stehen, läuft im ganzen Land einigermaßen gut. Die Landkreise und kreisfreien Städte schaffen dies noch. Sie haben dabei zwar auch ihre Schwierigkeiten, aber das ist nicht das riesige Problem. Alle bemühen sich, und bei den Ehrenamtlichen und den in den Kommunen Verantwortlichen haben wir im ganzen Land eine riesige Hilfsbereitschaft, für die wir auch danken.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Sie lassen die im Stich!)

Schwierig ist die Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen, die mit unglaublichen Zahlen zu kämpfen haben. Wir können die Flüchtlinge nicht sofort verteilen. Wir müs-

sen sie zunächst registrieren. Nur ein Teil der Flüchtlinge bleibt bei uns in Bayern, ein anderer Teil geht in andere Länder. Bei den steigenden Zahlen müssen wir noch zulegen und in der Organisation besser werden, damit es zu keinen zu großen Staus und nicht zu Zuständen kommt, die wir alle nicht wollen. Dafür geben wir die nötigen Mittel aus und unterstützen dies auch politisch.

Wir sollten dieses Thema nicht parteipolitisch ausschlichten. Überall in Deutschland herrscht die gleiche Situation. Wir in Bayern sind besonders betroffen, weil wir ein Grenzland sind und bei uns überdurchschnittlich viel von den 230.000 Flüchtlingen jeden Tag ankommen, die wir in den Erstaufnahmeeinrichtungen versorgen müssen. Wir werden keine Kosten scheuen, Haushaltsmittel zur Verfügung stellen und alle Organisationen unterstützen. Wenn Sie für 1.000 Flüchtlinge, die am Wochenende gekommen sind, sorgen und übermorgen wieder 3.000 kommen werden, werden Sie Schwierigkeiten haben. Bei diesen Dimensionen ist es insgesamt nicht einfach.

Lassen Sie mich etwas sagen, was mir auch Sorgen macht, Frau Bause. Wir haben sehr viele Flüchtlinge aus Syrien und anderen Bürgerkriegsgebieten. Die nehmen wir selbstverständlich auf, weil dort Lebensgefahr und blanke Not herrschen. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass zwei Drittel von denen, die zu uns kommen, weder einen Asylgrund noch ein Bleiberecht oder das kleine Asyl haben.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist falsch! Sie reden Unsinn!)

Das heißt, diese Flüchtlinge kommen nicht aus Syrien oder solchen Ländern. So sieht es aus, meine Damen und Herren. Sie kommen aus Staaten, wo ihnen keine Verfolgung droht und wo auch kein Krieg herrscht.

(Beifall bei der CSU)

Bis vor Kurzem haben die GRÜNEN sogar verhindert, dass wir Serben, Mazedonier und so weiter aus dem Balkan in einem einfacheren Verfahren behandeln, weil es dort

keine Gründe für ein Asyl gibt. Das waren 20 % der Flüchtlinge. Sie haben dafür gesorgt, dass diese Flüchtlinge für lange Zeit hier geblieben sind.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie die Zahlen anschauen, werden Sie feststellen, dass Deutschland bis zum 01.07.2014 94.000, Frankreich 36.000, Polen 4.800 und Spanien 2.500 Flüchtlinge aufgenommen haben. Auch Schweden hat viele Flüchtlinge aufgenommen. Darum sage ich Ihnen: Wir dürfen neben dem Problem der Unterbringung nicht verkennen: Die Bevölkerung erwartet von uns auch, dass dieser Zuzug gerade von Flüchtlingen, die weder verfolgt werden noch aus Bürgerkriegsgebieten kommen, kein Fass ohne Boden bleibt.

(Beifall bei der CSU)

Hierzu höre ich von der Opposition überhaupt nichts. Ich sage Ihnen: Wir werden in der politischen Diskussion die größten Schwierigkeiten bekommen, wenn wir nicht verhindern, dass alle, die in Italien und in anderen Ländern ankommen, zu uns durchreisen und etwa am Münchner Hauptbahnhof aussteigen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die Große Koalition hat das doch geregelt!)

Deswegen fordere ich von der Bundesregierung, darauf hinzuwirken, dass diese Staaten ihren vertraglichen Verpflichtungen nach Schengen und nach Dublin II nachkommen.

(Beifall bei der CSU)

Ansonsten müssen Sanktionen oder Grenzkontrollen ins Auge gefasst werden, weil dieser ungehinderte Zuzug nicht tragbar ist und in unserem Land ein Sicherheitsproblem darstellt. In diesen Strömen kann jeder auch aus ganz anderen Motiven jederzeit ins Land kommen. Dies ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der CSU)

Ich will noch folgenden letzten Punkt ansprechen. Ein ganz besonderer Fall sind die unbegleiteten Minderjährigen. Diese Menschen, die wirklich arm dran sind, bedürfen unserer Unterstützung. Aber eines ist klar: Niemand mit 14 Jahren aus Afrika schnürt sein Bündel, macht sich auf den Weg und kommt irgendwann am Münchner Hauptbahnhof an. Niemand! Das sind alles Kinder, die mithilfe von Entgeltzahlungen aus ihren Heimatländern eingeschleust werden.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Dieser Zustand ist nicht tragbar. Das ist Schleuserkriminalität in allerhöchstem Umfang mit dem Ziel, dass teilweise wieder Mittel zurückfließen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Deswegen sage ich: Wir müssen uns in Europa wieder stärker überlegen, wie wir der Schleuser habhaft werden,

(Beifall bei der CSU)

die auf Kosten von Kindern und ärmsten Leuten, die, wie wir alle wissen, auf unverantwortliche Weise übers Mittelmeer zu uns kommen, ihr Geld verdienen wollen. Ohne Schleuser wäre eine solche Armutflüchtlingswelle nicht denkbar.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Deswegen müssen wir die Schleuser insgesamt wieder stärker verfolgen und den Aufenthalt von Abgelehnten konsequent beenden. Also: Verfolgte Ja, Flüchtlinge aus Flüchtlingsgebieten Ja, aber wir können hier nicht jeden aufnehmen. Dies müssen wir auch unserer Bevölkerung sagen, die macht das nämlich auf Dauer nicht mit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kreuzer, einen Moment noch, bitte. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Bause vorliegen, bitte sehr.

Margarete Bause (GRÜNE): Herr Kollege Kreuzer, mit Ihrem Beitrag haben Sie leider deutlich gemacht, welchen Geist die Flüchtlingspolitik der CSU immer noch hat. Das ist das Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Manche von Ihnen reden von Hilfe für Schutzsuchende und von Solidarität. Aber dann kommen Scharfmacher wie Sie und machen alles wieder kaputt. Das ist das Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD – Zuruf von der CSU: Unglaublich!)

Um eines möchte ich wirklich bitten. Herr Kollege Neumeyer hat vorhin auch die Sprache erwähnt. Es geht darum, in welcher Sprache wir über das Thema reden.

(Unruhe)

Sie haben von Strömen geredet. Der Ministerpräsident hat vom Scheitelpunkt gesprochen, der noch nicht überschritten sei. Das alles sind Bilder von Flut und Überflutung, also Bilder, die wirklich den Rechten in die Hände spielen. Wenn wir das alle miteinander nicht wollen, dann bitte ich darum, nicht von Überflutung zu reden und keine solchen Bilder zu verwenden, sondern von Schicksalen und von Menschen zu reden; denn um die geht es. Ich bitte, dass wir von Humanität und Menschlichkeit reden und den Menschen in den Blick nehmen, ohne diese Bilder hier weiter zu verwenden, weil davon nur diejenigen, die ganz am rechten Rand stehen, profitieren. Ich hoffe, dass Sie das auch nicht wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Thomas Kreuzer (CSU): Meine liebe Frau Kollegin Bause, da werden die Unterschiede schon deutlich. Ich sage Ihnen ganz klar: Wir sind insofern einer Meinung, als wir jemanden, der politisch oder aus anderen im Grundgesetz genannten Gründen verfolgt ist, der aus Not oder wegen Vertreibung aus Bürgerkriegsgebieten fliehen muss,

hier aufnehmen, ihm ein Zuhause bieten, ihn willkommen heißen, unterstützen und in Deutschland lassen. Da besteht überhaupt kein Unterschied. Wir wollen humanitäre Zustände.

(Beifall bei der CSU)

Aber wenn Sie der Auffassung sind, dass es richtig ist, alle hier hereinzulassen, die aus der ganzen Welt zu uns kommen wollen, sage ich Ihnen: Die wirtschaftlichen Zustände in Afrika werden wir nicht dadurch besser, dass alle Afrikaner nach Europa kommen. Dies ist nicht die Politik, die wir betreiben, sondern wir nehmen Verfolgte auf und versuchen, den anderen in ihren Heimatländern zu helfen. Das ist eine realistische Politik. Da unterscheiden wir uns offensichtlich gewaltig.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie dies nicht deutlich machen, werden Sie natürlich das Problem bekommen, dass es mengenmäßig nicht mehr zu steuern ist, wenn jeder, der aus einem armen Land kommt und eine schlechte wirtschaftliche Grundlage hat, sich auf den Weg machen kann. Dies kann keine vernünftige Flüchtlingspolitik sein. Im Übrigen nehmen Sie diesen Ländern teilweise die geistigen Eliten und Leistungsfähigen weg, die dann zu uns kommen, während die anderen zu Hause bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Humanität Ja, aber wir brauchen auch die Unterstützung in diesen Ländern. Wir können nicht unbegrenzt Menschen aufnehmen, weil es diesen Menschen nichts hilft und nicht zum Erfolg führt.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

– Das ist Ihre Politik.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Soweit zu dieser Zwischenbemerkung. Jetzt noch eine weitere Zwischenbemerkung: Herr Kollege Rinderspacher, bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Kollege Kreuzer, wir haben im Laufe der Debatte gehört, dass gegenwärtig nicht einmal die Regierungen selbst einen Überblick haben. Es wird von Ihnen auch nicht bestritten, dass das blanke Chaos herrscht. Selbst die Regierungspräsidenten haben nicht die volle Übersicht darüber, wo, wann, wie welche Flüchtlinge konkret untergebracht sind. Da Sie jetzt zum x-ten Mal eine Taskforce, einen Krisenstab und schnelles, zügiges Handeln ankündigen – das hören wir seit zwölf Monaten –, ist meine Frage an Sie: Wann können wir tatsächlich mit einer Bestandsaufnahme der Lage von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Bayern rechnen? Ich bitte, uns im Detail die reale Belegungssituation pro Standort darzustellen, aufgeschlüsselt nach Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften, nach dezentralen und privaten Unterkünften. Wann können wir mit Transparenz rechnen? Wann haben Sie die völlig außer Kontrolle geratene Situation wieder im Griff?

(Beifall bei der SPD)

Thomas Kreuzer (CSU): Mein lieber Herr Kollege Rinderspacher, diese Erhebung erstellt weder die SPD-Fraktion noch die CSU-Fraktion, sondern hier müssen Sie die Verantwortlichen in der Exekutive fragen. Ich sage Ihnen nur: Ich gehe davon aus, dass Maßnahmen eingeleitet werden, die zukünftig verhindern, dass es zu großen Überfüllungen von Erstaufnahmeeinrichtungen kommt. Die CSU-Fraktion geht davon aus, dass wir die Menschen zügig registrieren – das ist Voraussetzung –, um sie dann in Bayern und außerhalb Bayerns unterzubringen. Dies ist die Zielsetzung. Ich gehe auch davon aus, dass dies innerhalb kürzester Zeit gelingen wird und wir dann solche Situationen, die zu Recht als nicht befriedigend bezeichnet werden, künftig nicht mehr haben werden.

(Beifall bei der CSU)

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Herr Kreuzer, ich gehe davon aus, dass Sie hier schon länger regieren

(Heiterkeit bei der CSU – Zuruf von der CSU: Welche Erkenntnis!)

und auch schon länger im Bund sind. Herr Kreuzer, ich gehe davon aus, dass im Sozialministerium – da Sie gefragt wurden und nicht der Sozialminister sind – die Zahlen vorliegen. Diese müssten doch schnell greifbar sein; denn in der Zeitung sind sie.

Thomas Kreuzer (CSU): Selbstverständlich.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Selbstverständlich! Jeden Tag! Nur weil er es nicht weiß! Rinderspacher weiß das einfach nicht! Das ist der Punkt! – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Haben Sie keinen Regierungssprecher?)

Die Zahlen werden weder von der CSU-Fraktion noch von den anderen erhoben. Jeden Tag werden Zahlen erhoben, die sehen so aus: BK Haus 17, Kapazität: 200, Belegung: 196 – so geht das durch die ganzen Einrichtungen –, insgesamt, jeden Tag Zugänge, Abgänge. Das sind erhebliche Zahlen. An der Feststellung liegt es also nicht. Die Probleme treten dann auf, wenn eine riesige Zahl ankommt. Wenn an einem Tag Tausend in einer Stadt ankommen, plötzlich am Bahnsteig stehen, dann sind bisher Engpässe aufgetreten. Das müssen wir in Zukunft verhindern. Das Registrieren etc. läuft ganz ordnungsgemäß ab.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Kreuzer. – Herr Rinderspacher nochmals zum Wortbeitrag. – Bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es kann nicht angehen, dass die Bayerische Staatsregierung in einer Kabinettsitzung einen Krisenstab ankündigt, der zuständige neue Minister vor die Presse tritt, aber hier im Hohen Hause nicht Rede und Antwort steht.

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten als Opposition im Bayerischen Landtag, dass Sie – Sie waren vorher noch als Rednerin angemeldet, Frau Sozialministerin – sich in dieser zentralen Debatte

te zu Wort melden. Es kann nicht sein, dass die Sozialministerin am Tag zuvor von ihrem Ministerpräsidenten entmachtet wird und sich dann hier wegduckt und überhaupt nicht das Wort ergreift. Wir erwarten von Ihnen hier und heute, dass Sie ans Mikrofon treten und uns Ihren Masterplan vorlegen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Was wollen Sie in den nächsten Tagen und Wochen angehen? – Wenn Sie das nicht mehr dürfen, weil der Ministerpräsident gerade mit Ihnen gesprochen hat, dann erwarten wir das von Ihnen, Herr Staatskanzleiminister; Sie haben gestern eine Pressekonferenz gegeben. Es geht nicht, dass Sie hier nur Regierungspolitik mit Überschriften machen, mit schönen Pressemitteilungen und Pressegesprächen im Steinernen Saal, und sich im Hohen Haus wegducken.

(Petra Guttenberger (CSU): So schwache Opposition!)

Deshalb fordere ich Sie auf: Ergreifen Sie das Wort und treten Sie ans Mikrofon, bitte!

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Soweit Kollege Rinderspacher.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dieses Schweigen spricht Bände!)

Meine Damen und Herren, ich habe hier keine weiteren Wortmeldungen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Gut!)

Deswegen schließe ich die Aussprache. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Sozialministerin nimmt in einer solchen Debatte nicht Stellung! Ein Skandal! Unglaublich! – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Müller! Müller! Müller!)

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt vier namentliche Abstimmungen vor uns: drei zu dem eben beratenen Tagesordnungspunkt und eine zum letzten Tagesordnungspunkt.

Ich beginne mit der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Kamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Probleme bei der Erstaufnahme sofort lösen – Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen", Drucksache 17/3356. Die Urnen stehen bereit. Ich eröffne die Abstimmung – fünf Minuten!

(Zurufe von der SPD: Drei!)

– Fünf!

(Namentliche Abstimmung von 18.53 bis 18.58 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Die Zeit ist um. Die Stimmabgabe ist geschlossen. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich darf jetzt zur nächsten namentlichen Abstimmung den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, Drucksache 17/3362, aufrufen; hierbei geht es um die geänderte Fassung, die dem Hohen Haus vorliegt. Ich bitte, die Stimmkarten abzugeben. Die Abstimmung ist eröffnet – drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 18.59 bis 19.02 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Stimmkarten werden draußen ausgezählt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

Jetzt kommen wir zur dritten namentlichen Abstimmung. Das ist der Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/3389. Die Abstimmung ist eröffnet. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 19.03 bis 19.06 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Stimmen werden außerhalb des Saales ausgezählt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zur vierten namentlichen Abstimmung. Es ist der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER "Regionale Energiewende statt Trassenwahnsinn" auf der Drucksache 17/3355. Die Abstimmung ist eröffnet. Ich bitte, die Stimmkarten abzugeben. Drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 19.07 bis 19.10 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Auch diese Stimmen werden außerhalb des Saales ausgezählt.

Meine Damen und Herren, ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit ich die Sitzung wieder aufnehmen kann. Gespräche bitte ich außerhalb des Saales zu führen.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Zunächst gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Probleme bei der Erstaufnahme sofort lösen – Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen", Drucksache 17/3356, bekannt. Mit Ja haben 72 gestimmt, mit Nein haben 86 gestimmt. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Dann gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Inge Aures und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Mit einem ‚humanitären Masterplan‘ für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik in Bayern sorgen", Drucksache 17/3362, bekannt. Mit Ja haben 71 gestimmt, mit Nein haben 85 gestimmt, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Jetzt gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Ein schlüssiges Gesamtkonzept in der bayerischen Asylpolitik voranbringen: Ein Bett für jeden Asylbewerber – Fluchtursachen angehen!", Drucksache 17/3389, bekannt. Mit Ja haben 70 gestimmt, mit Nein haben 85 gestimmt, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.10.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Probleme bei der Erstaufnahme sofort lösen - Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen (Drucksache 17/3356)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin				Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar	X		
Biedefeld Susann	X			Hanisch Joachim	X		
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra		X		Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex				Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin			
Dr. Dürr Sepp	X			Dr. Huber Marcel		X	
				Dr. Huber Martin		X	
Eck Gerhard				Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg		X		Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina	X			Jörg Oliver		X	
Felbinger Günther	X						
Flierl Alexander		X		Kamm Christine	X		
Dr. Förster Linus				Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette	X		
Füracker Albert		X		Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus	X			König Alexander		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	72	86	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.10.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Inge Aures u. a. und Fraktion SPD; Mit einem "humanitären Masterplan" für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik in Bayern sorgen. (Drucksache 17/3362)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex			
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	71	85	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.10.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Ein schlüssiges Gesamtkonzept in der bayerischen Asylpolitik voranbringen: Ein Bett für jeden Asylbewerber - Fluchtursachen angehen! (Drucksache 17/3389)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex			
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	70	85	0